

Stenographisches Protokoll.

31. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 28. Mai 1931.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeige (863) — Urlaub (863) — Immunitätsangelegenheit Werner — Immunitätsauschuß (887).

Regierungsvorlagen: 1. XXVI. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (B. 130) (863) — Ausschuß für soziale Verwaltung (863);

2. XXVII. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (B. 131) (863);

3. Bezugskürzungsgesetz (B. 132) (863);

4. 2. Credit-Anstaltsgesetz (B. 133) (863) — Finanz- und Budgetauschuß (863);

5. Personalsteuergesetznovelle vom Jahre 1931 (B. 134) (863);

6. Erhöhung des Zolles für Kaffee und Tee (B. 135) (863);

7. Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizenmehl und Roggenmehl (B. 136) (863).

Verhandlungen: 1. Mündlicher Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (B. 130), betr. die XXVI. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz — Antrag auf dringliche Behandlung (863) — Berichterstatter Doppler (864), Richter (864) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (865);

2. mündlicher Bericht des Finanz- und Budgetauschusses über die Regierungsvorlage (B. 133), betr. das 2. Credit-Anstaltsgesetz — Antrag auf dringliche Behandlung (863) — Berichterstatter Dr. Weidenhoffer (865 u. 886), Bundeskanzler Dr. Ender (867), Dr. Hueber (867), Ebner Hans (869), Neustädter-Stürmer (871), Lengauer (873), Werner (875), Dr. Bauer (880) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (887).

Tagesordnung: Antrag Sever auf Vornahme der 1. Lesung der Regierungsvorlagen B. 129, 135 und 136 (887).

Unterbrechung der Sitzung (863).

Ausschüsse: Mitteilung von der Wahl Dr. Renner zum Obmann des Hauptauschusses (863).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Dr. Schuschnigg, Dr. Buresch, Paulitsch, Jarboch, betr. teilweise Aufhebung des Fideikommißbandes (150/A);

2. Ertl, Gürtler, Markschläger, betr. die Errichtung einer Zuschußkasse für die Bediensteten der dem internationalen Verkehr dienenden Donau-Dampfschiffahrts-Unternehmungen (151/A).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 129, 130, 131, 132 und 133.

Tagesordnung: XXVI. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (B. 130).

2. Credit-Anstaltsgesetz (B. 133).

Präsident Dr. Renner eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 10 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 20. Mai als genehmigt.

Dr. Schürff ist krank gemeldet.

Spalowsky erhält einen vierwöchigen Urlaub.

Zum Obmann des Hauptauschusses wurde Präsident Dr. Renner gewählt.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr.: Fortsetzung der außerordentlichen Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge (XXVI. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz) (B. 130); Abänderung einiger Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und Fortsetzung der außerordentlichen Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge (XXVII. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz) (B. 131); Kürzung der Bezüge der Bundesangestellten und der Pensionsparteien des Bundes (Bezugskürzungsgesetz) (B. 132); Übernahme von Bundeshaftungen für Darlehen an die Oesterreichische Credit-Anstalt (2. Credit-Anstaltsgesetz) (B. 133); Einführung einer Befoldungssteuer (Personalsteuernovelle vom Jahre 1931) (B. 134); Erhöhung des Zolles für Kaffee und Tee (B. 135); Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizenmehl und Roggenmehl (B. 136).

Die Regierungsvorlage B. 130 wird dem Ausschuß für soziale Verwaltung, die Regierungsvorlage B. 133 dem Finanz- und Budgetauschuß zugewiesen.

Um diesen beiden Ausschüssen die Möglichkeit zu geben, in die Vorberatung der erwähnten Gesetzesvorlagen einzugehen, wird die Sitzung bis ½6 Uhr nachmittags unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 3 Uhr 15 Min. bis 5 Uhr 55 Min. nachm.)

Präsident Dr. Renner nimmt die Sitzung um 5 Uhr 55 Min. nachm. wieder auf.

Über Vorschlag des Präsidenten im Sinne der §§ 33 und 38 der Geschäftsordnung wird beschlossen, den Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die XXVI. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (B. 130) und den Bericht des Finanz- und Budgetauschusses über das 2. Credit-Anstaltsgesetz (B. 133) auf die Tagesordnung der Sitzung zu stellen und mit Verzicht auf die Drucklegung der Ausschußberichte auf Grund mündlicher Berichterstattung in Verhandlung zu nehmen.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die

Regierungsvorlage (B. 130), betr. Fortsetzung der außerordentlichen Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge (XXVI. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz).

Berichterstatter Doppler: Hohes Haus! Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat die ihm heute zugewiesene Vorlage der Bundesregierung B. 130: Bundesgesetz, betr. Fortsetzung der außerordentlichen Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge (XXVI. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz), in Beratung gezogen und der Beschlußfassung zugeführt. Bekanntlich wurde durch die XXV. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz die Wirksamkeit des fraglichen Gesetzes mit dem 31. Mai d. J. begrenzt. Um keine Unterbrechung in der Handhabung dieser außerordentlichen Maßnahmen eintreten zu lassen, müssen diese Bestimmungen eine weitere Verlängerung erfahren. Dies soll durch die in Beratung stehende Vorlage erreicht werden. Es war ursprünglich eine Verlängerung bis zum 15. Juni des laufenden Jahres vorgesehen. Der Ausschuß hat aber mit Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers als Ministers für soziale Verwaltung den Termin mit dem 31. Dezember d. J. festgesetzt und mit dieser Änderung der Regierungsvorlage die Zustimmung erteilt.

Der Ausschuß stellt daher den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle dem Bundesgesetz, betr. Fortsetzung der außerordentlichen Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge (XXVI. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz), mit der Änderung, daß der Termin des 31. Dezember 1931 eingesetzt wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.“

Richter: Hohes Haus! Die Vorlage, die wir jetzt beschließen sollen, ist eigentlich nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit. Allzuoft hat man mit den Nerven der Arbeitslosen gespielt, und wiederholt mußten wir erleben, daß die Verlängerung der Notstandshilfe immer nur stückweise vorgenommen wurde. Auch die Novellierung der XXIV. Novelle, die in Wirklichkeit eine Novellierung der XXV. Novelle darstellt, wurde auf demselben Wege durchgeführt. Am 31. Dezember 1930 lief die Notstandsunterstützung ab. Man hat sie nach langen parlamentarischen Beratungen und Kämpfen bis zum 25. Jänner 1931 verlängert, und man hatte auch jetzt wieder die Absicht, sie schon mit dem 15. Juni 1931 ablaufen zu lassen. Nur wer weiß, wie unerhört schwer die Wirtschaftskrise gerade auf den ausgesteuerten Arbeitslosen, die in der Gruppe 1 und 2 Notstandshilfe die Unterstützung erhalten, ruht, kann einen Begriff davon haben, wie unzulänglich es wäre, wenn man die Verlängerung wieder nur auf einige Tage vornehmen würde. So begrüßen wir es, daß es unseren zähen Anstrengungen gelungen ist, die Regierung und die Mehrheitsparteien von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Verlängerung diesmal nicht mit einer ganz kurzen Fallfrist, sondern bis zum 31. Dezember 1931 erfolgt.

Wir sind allerdings der Meinung, daß hier eine Terminierung überhaupt unmöglich ist; denn der Staat, der nicht die Fähigkeit hat, für die Arbeitslosen Arbeit zu schaffen, muß sich darüber klar sein, daß auch mit dem 31. Dezember d. J. der Notstand nicht zu Ende sein wird, und er wird nach dem 31. Dezember nichts anderes machen können, als die Notstandsunterstützung neuerlich zu verlängern. Aber bei dieser Gelegenheit will ich doch darauf hinweisen, daß, wenn man uns wiederholt erzählt hat, daß die Notstandsunterstützung in engem Konnex mit der Arbeitslosenversicherung stehe und daß man deswegen die Notstandshilfe nur verlängern könne, wenn gleichzeitig auch die Reform der Arbeitslosenversicherung erfolgt. Und wenn in der Begründung zum wiederholten Male neben den Sparmaßnahmen des Staates auch auf das reichsdeutsche Beispiel verwiesen wird, so will ich doch darauf hinweisen, daß wir es gerade bei der Notstandsunterstützung, die man in Deutschland als Krisenunterstützung bezeichnet, dringend notwendig hätten, dem deutschen Beispiel zu folgen. Das, was bei uns im Lande aber auf dem Gebiete geschehen ist, ist das Undenkbare und Ummöglichste, was man sich überhaupt vorstellen kann.

Bekanntlich werden die Beiträge für die Notstandsunterstützung durch das Gesetz limitiert. 45 Prozent des Krankentassenbeitrages ist die höchste Beitragsleistung, die für die Notstandsunterstützung festgesetzt werden kann. 45 Prozent! Und in dem kleinen Lande, in dem 6½-Millionen-Staate, sind wir nicht einmal imstande, das zu machen, was das verhältnismäßig um soviel größere Deutschland machen kann, nämlich eine einheitliche Krisenfürsorge durchzuführen. Ich werde es mir versagen, jetzt vielleicht länderweise aufzuzeigen, wie unterschiedlich hier die Arbeitslosen und die Ausgesteuerten behandelt werden. Aber wenn ich Ihnen sage, daß wir in dem kleinen Bund Länder haben, in denen von 50 Prozent bis zu 90 Prozent steigend die Arbeitslosen in die Notstandsunterstützung eingereiht sind, daß es Länder gibt, in denen Arbeitslose nur 50 Prozent des Unterstützungssatzes bekommen, daß es wieder andere Länder gibt, in denen sie im gleichen Verhältnis mit 70 bis 80 Prozent eingeschätzt werden, so werden Sie begreifen, daß hier eine Regelung dringend notwendig wäre, eine Regelung um so mehr, als auch in der Beitragseinkhebung die unglaublichsten Verschiedenheiten sind. Wir haben Länder, wie beispielsweise Tirol und Kärnten, die 6 Prozent Beiträge einheben, in Salzburg werden 15 Prozent eingehoben, in Vorarlberg, und das erst seit dem April 1931, 10 Prozent, in Graz 25 Prozent, bei der Gmünder Bezirkskommission 17 Prozent, in der Umgebung von Wien 35 Prozent, in Wien gleichfalls 35 Prozent, im Bereich der Industriellen Bezirkskommission Wiener Neustadt 45 Prozent. So geht das funterbunt durcheinander, obzwar man wirklich verlangen könnte, daß bei einer Reform auch darauf

geachtet werden sollte, daß man hier eine Gleichmäßigkeit der Beitragsleistung und eine Gleichmäßigkeit der Unterstützungszahlung durchführen könnte.

Wir werden für die Vorlage stimmen, weil sie den Arbeitslosen bis zum 31. Dezember d. J. diese farge Unterstützung sichert. Wir werden aber alles daran setzen, um auf diesem Gebiete zu einer einheitlichen Krisenfürsorge, zu einer einheitlichen Gesetzgebung zu kommen, und versprechen jetzt schon, daß wir bei der Beratung der Arbeitslosenversicherung darauf dringen werden, daß diesen unhaltbaren Zuständen so bald wie möglich ein Ende gemacht wird; denn die Not ist ins Ungemessene gestiegen, und wer etwa versuchen wollte, hier bei den Arbeitslosen zu sparen, der würde dem Staat und unserem Volk einen sehr, sehr schlechten Dienst erweisen. *(Lebhafter Beifall links.)*

Damit ist die Aussprache beendet.

Das Gesetz wird in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (B. 133): Bundesgesetz über die Übernahme von Bundeshaftungen für Darlehen an die Österreichische Credit-Anstalt (2. Credit-Anstaltsgesetz).

Berichterstatte Dr. **Weidenhoffer**: Hohes Haus! Der Zweck der Regierungsvorlage, die sich seit einigen Stunden in Ihren Händen befindet und über die soeben der Finanzausschuß nach Unterbrechnung der Sitzung des Hauses beriet, ist die Aufrechterhaltung der Liquidität der Credit-Anstalt. Der Zweck ist somit, den Schaden zu vermeiden, der sonst unsere ganze Wirtschaft und unseren Staat trübe, wenn es trotz der Anstrengungen, die wir vor 14 Tagen durch Verabschiedung des ersten Gesetzes über die Credit-Anstalt gemacht haben, nicht gelänge, diese Liquidität aufrechtzuerhalten und so den Zusammenbruch zu verhindern.

Es hat sich in den verfloffenen 14 Tagen gezeigt, daß trotz der Beruhigung, die in weitem Umfange dadurch eingetreten ist, daß der Staat künftig ein großer Aktionär des Institutes sein wird und daß ein großer Teil des Verlustes getragen wird durch Hingabe von Geldmitteln, ohne daß ihnen ein Entgelt in Form von Aktien gegenüberstehe — ich sage, daß trotz der Beruhigung, die zweifellos eingetreten ist, doch ziemlich bedeutende Abhebungen im Inlande erfolgt sind. Wir können zwar darauf verweisen, daß im Auslande nennenswerte Abhebungen bisher nicht erfolgt sind, dennoch ist infolge der bedeutenden Abhebungen des Inlandes die Gefahr aufgeschienen, daß die Liquidität nicht wie bisher aufrechterhalten werden könnte. Wer ist bisher in die Bresche gesprungen, um die Abhebungen zu bestreiten, um die Rückzahlung der Forderungen zu ermöglichen? Erstens unser Noteninstitut, in vorbildlicher und dankenswerter Weise. Aber selbstverständlich muß das Noteninstitut auf die Wertbeständigkeit unserer Währung das größte

Gewicht legen. Es ist ja der Garant, es haftet ja dafür, daß unsere Währung wertbeständig bleibt. Die Aufrechterhaltung der Wertbeständigkeit ist auch durchaus gelungen. Aber selbstverständlich kann sich das Noteninstitut über seine sachungsgemäßen Verpflichtungen nicht hinwegsetzen. Es kann Mittel nur gegen sachungsmäßige Deckung zur Verfügung stellen. Soweit dies möglich war, ist es geschehen, und gerade diesem Umstände, daß man allgemein in der Welt, im Auslande und im Inlande, das volle Vertrauen zu unserem Noteninstitut hat, daß es sich in gar keiner Weise über seine sachungsgemäßen Verpflichtungen hinwegsetzen werde, ist es zu danken, daß auch die große Erschütterung, die von der Credit-Anstalt ausging, an der Stabilität unserer Währung, wir können sagen, spurlos vorübergegangen ist. Unser Noteninstitut hat sich selbstverständlich auch seinerseits um die Reliquidität seiner Anlagen zu sichern, mit der B. F. Z. in Basel in Verbindung gesetzt und hat Kreditvereinbarungen mit diesem internationalen Institut in weitem Umfange schon getroffen, weitere Kreditvereinbarungen sind im Zuge.

Das alles aber konnte, wie ich schon erwähnt habe, nicht ausreichen. Es mußte, um den endgültigen Erfolg zu sichern, noch mit verschiedenen ausländischen privaten Finanzgruppen Fühlung gesucht werden, um weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Hierbei ergab sich, daß dies nur dann mit der erforderlichen Raschheit und unter billigen Bedingungen möglich ist, wenn für diese Kreditgeber — hauptsächlich kommen ausländische Kreditgeber in Betracht — höhere Garantien, als sie durch die Bank selbst und ihre Lage gegeben werden können, zur Verfügung gestellt werden. Diese höheren Garantien, können nur dadurch geschaffen werden, daß eben der Bund für gewisse weitere Kreditgewährungen die Haftung übernimmt.

Es entsteht infolgedessen die Frage: Für welche Kredite soll diese Haftung übernommen werden? Diesbezüglich enthält der § 1 des Ihnen vorgelegten Gesetzes eine Ermächtigung an den Bundesminister für Finanzen, welche im § 1, Absatz a, besagt *(liest)*:

„Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, in der Zeit bis zum 30. Juni 1933“ — Sie sehen also, zeitlich begrenzt auf zwei Jahre — „die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler für Darlehen zu übernehmen, die für die Rekonstruktion und für die laufenden Geschäfte der Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe gewährt werden.“

Bei dieser Zitierung des § 1, Punkt a, habe ich bereits die Worte „nach dem 28. Mai 1931“ weggelassen, und ich beantrage auch namens des Finanzausschusses die Hineinsetzung dieser Worte. Es geschieht dies deshalb, weil die Anführung „nach dem 28. Mai 1931“ logisch und grammatisch vollkommen überflüssig ist, indem ja durch das Futurum, das hier verwendet wird, klar ausgedrückt ist, daß es sich um eine Haftung für künftig zu gewährende Kredite handelt. Der Zweck

dieser Kreditgewährung soll ja eben der sein, die Sicherheit aller Forderungen zu heben, auch die Sicherheit der alten Gläubiger noch zu verstärken. Die alten Gläubiger, die bisher ihre Forderungen nicht geltend gemacht, die ihre Kredite bisher nicht zurückgezogen haben, sollen in ihrem Vertrauen dadurch bestärkt werden, daß sie wissen, der Bund wird sich bemühen, weitere liquide Mittel aus dem Ausland zu beschaffen, um dadurch die jederzeitige Liquidität der alten Forderungen sicherzustellen. Um nun diese neuen Kredite herbeizuschaffen, haftet er für jene Kredite, die unter bestimmten Kautelen und mit der Gewähr eines dauernden Erfolges gegeben werden, worüber natürlich der Finanzminister zu entscheiden hat. Damit, daß der Finanzminister nur dann die Haftung aussprechen wird, wenn die Kredite, wie in den Erläuterungen ausdrücklich hervorgehoben wird, im Rahmen des Reorganisationsplanes, unter festzusetzenden Kautelen und mit der Gewähr dauernden Erfolges gegeben werden, ist natürlich auch schon, soweit es überhaupt im Augenblick möglich ist, der Umfang der Haftung umschrieben. Es wird eben auf die Beurteilung des Finanzministers ankommen, ob ein angebotener Kredit diesen Voraussetzungen entspricht, ob er so ist, daß er den Zweck des 1. und des 2. Credit-Anstaltsgesetzes zu erreichen hilft.

Natürlich soll aber damit nicht gesagt werden, daß die Haftung ins unbegrenzte geht und daß gar keine andere Grenze als einzig und allein die Einsicht des Finanzministers über die Zweckmäßigkeit des einzelnen Kredits entscheidend und ausreichend sein soll. Weil wir eine derartige allgemeine Haftungserklärung für gefährlich, ja nicht einmal für günstig hielten, da man uns sonst vielleicht als Leute ansehen könnte, die nicht die nötige Vorsicht walten lassen, bestimmt der § 3, daß „der Bundesminister für Finanzen vierteljährlich, erstmals am 15. Juni d. J., über Verlangen von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Hauptausschusses des Nationalrates aber jederzeit dem Hauptausschuß des Nationalrates über die übernommenen Haftungen, die Bestreitung von Zahlungen aus diesen Haftungen und die Begebung von Schuldverschreibungen zu berichten hat; hiebei kann der Hauptausschuß beschließen, bis zu welchem Höchstbetrage die Übernahme von Haftungen (§ 1, lit. a) fortgesetzt werden kann.“

Hier sehen Sie also wieder eine Begrenzung, die sich natürlich im gegenwärtigen Augenblick, wo uns die Übersicht über die weitere Entwicklung vollständig mangelt, nicht in Ziffern ausdrücken läßt; aber Sie sehen eine Begrenzung, die eben in einer Prüfung durch den Hauptausschuß gelegen sein wird.

Ich muß gleich hier wieder als Berichterstatter des Finanzausschusses eine Abänderung dieses Paragraphen insofern ankündigen, als unmittelbar hinter dem § 3 in Klammer einzufügen ist „(Verfassungsbestim-

mung)“. Das ist in der Eile ausgeblieben, muß aber aber eingefügt werden, weil der letzte soeben verlesene Satz gemäß unserer Verfassung eine Verfassungsbestimmung enthält. Ferner muß der Beistrich, der hinter dem Worte „Nationalrates“ in der vierten Zeile des § 3 steht, gestrichen werden, da er sinnwidrig ist. Ich beantrage daher diese Abänderung des vorliegenden Geszentwurfs.

Natürlich muß bei dieser Gelegenheit dem Finanzminister eine Kreditermächtigung gegeben werden, die darauf hinausgeht, ihm die Möglichkeit der Sicherstellung und Beschaffung von Geldmitteln für den Fall zu geben, daß tatsächlich von der Haftung Gebrauch gemacht werden müßte, obwohl die Regierung in ihren Erläuterungen ausdrücklich sagt, daß sie hofft, von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch machen zu müssen. Wenn es aber doch anders kommen sollte und von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht werden müßte, so ist es selbstverständlich, daß sie sich nur auf einen Bruchteil des gegenwärtigen Obligos der Credit-Anstalt beziehen könnte.

Ich will ferner noch erwähnen, daß im § 2, Absatz 2, die Abgabefreiheit für die Einlösung und Verzinsung solcher Schuldverschreibungen, deren Begebung sich etwa als notwendig erweisen sollte, ausgesprochen wird.

Im Finanzausschuß haben die Herren Abg. Dr. Danneberg u. Gen. einen Resolutionsantrag mit zwei Punkten eingebracht, der nach einer Erklärung des Herrn Bundeskanzlers im Finanzausschuß, welche Erklärung auch hier im offenen Hause noch erfolgen soll, dann dahin abgeändert wurde, daß er gegenwärtig folgendermaßen lautet (*liest*):

„Der Nationalrat nimmt die Erklärung der Regierung zur Kenntnis und fordert die Regierung auf:

1. sich Informationen zu verschaffen, die es ihr ermöglichen, dem Hauptausschuß zusammen mit dem ersten Bericht über die von ihr übernommenen Haftungen Mitteilungen darüber zu machen, welches Einkommen die Verwaltungsräte und Direktoren der Boden-Credit-Anstalt und der Credit-Anstalt unter verschiedenen Titeln, wie Gehalte, Lantien, Syndikatsbeteiligungen usw., aus der Bank wie aus ihren Konzernunternehmungen und affilierten Instituten im In- und Auslande für die letzten zwei Geschäftsjahre bezogen haben und was die Regierung unternommen hat, damit ungebührlich bezogene Einkünfte den Instituten zurückerstattet werden;

2. eine angemessene Reduktion der mehr als 12.000 S jährlich betragenden Pensionen und die Stilllegung solcher Pensionen bei Doppelverdienern im Bereiche der Credit-Anstalt, insbesondere im Hinblick auf die für Funktionäre der Boden-Credit-Anstalt übernommenen Verpflichtungen zu veranlassen und hierüber dem Hauptausschuß bis 15. Juni 1931 einen detaillierten Bericht zu erstatten.“

Ich bitte, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die General- und Spezialdebatte über das Gesetz unter Einem abzuführen.

Bundeskanzler Dr. **Ender**: Hohes Haus! Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß nach Übernahme von Haftungen durch den Bund die Frage, wie die Geschäfte der Credit-Anstalt geführt werden, für den Bund von großer Bedeutung ist. Sie wird daher ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Leitung der Gesellschaft durch Männer verantwortlich geführt wird, die eine Gewähr für eine zielsichere und gute Führung der Geschäfte bieten.

Die neuen Verhältnisse bei der Bank bedingen auch voraussichtlich eine Vereinfachung und jedenfalls eine Verbilligung des Bankapparates. Auch in dieser Richtung müssen der Credit-Anstalt die nötigen Maßnahmen nahegelegt und möglich gemacht werden. Ich weise in dieser Richtung auf die Ausführungen im Motivenberichte zum vorliegenden Gesetzentwurfe hin.

In der Bevölkerung wird vielfach die Frage aufgeworfen, ob auch die Schuldfrage geprüft werde. Die Regierung möchte dazu sagen, daß unser allgemeines Strafgesetzbuch und das Bankhaftungsgesetz nach ihrer Meinung vollkommen hinreichen, um mit Abnüdungen vorgehen zu können, wo etwa eine Schuld vorhanden sein sollte. Vorausgehen müßte aber selbstverständlich die Prüfung seitens der berufenen Faktoren. *(Lebhafter Beifall rechts. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.)*

Dr. **Hueber**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben bei der letzten Behandlung der Credit-Anstalts-Angelegenheit ja gewußt, daß das damalige Gesetz nicht das letzte in dieser Richtung sein wird, das das Haus beschäftigt. Wir fürchten sehr, daß auch das vorliegende Gesetz nicht das letzte sein wird. Unsere Einstellung zu Gesetzen dieser Art ist von der letzten Debatte her bekannt. Sie hat sich — im Gegensatz zu anderen Gruppen des Hauses — nicht geändert. Wir stehen Gesetzen von dieser Art, Gesetzen von dieser Tragweite bei einer derartigen Unklarheit des Sachverhaltes nach wie vor mit der schärfsten Ablehnung gegenüber.

Es gibt verschiedene Arten, wie sich der Staat zur Wirtschaft stellen kann. Man kann auf dem Standpunkt der absoluten liberalen Wirtschaft stehen, des reinen Individualismus in der Wirtschaft, man kann auf dem Standpunkt der Sozialisierung stehen. Was aber der Staat hier macht, das ist keines von beiden, was der Staat hier macht, ist auch nicht unser Standpunkt, weil sich der Staat in Einzelheiten der Wirtschaft so wenig als möglich einmischen soll, aber einen gewissen Rahmen für eine gesunde vaterländische Wirtschaft zu schaffen hat. Hier handelt es sich aber um eine Reihe von Flickmaßnahmen, die nicht die nötige Fundierung haben, wo der Staat eingreift und sich finanziell exponiert, ohne die nötigen Garantien zu haben, daß

dieser Eingriff auch von dem gewünschten und beabsichtigten Erfolg begleitet sein wird.

Wir haben eine Anstalt vor uns, die nicht allein in Österreich arbeitet, wir haben eine Anstalt vor uns, die in Jugoslawien, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen ihre Verbindungen hat und ihr Geld arbeiten läßt. Ich frage nun: Wie kommt das kleine verarmte Österreich dazu, allein die Garantie für das Geld zu übernehmen, mit dem andere arbeiten? Der Staat hat dieser Anstalt schon einmal ein Geschenk von 41 Millionen Schilling gemacht; das ist für uns gewiß keine Kleinigkeit. Was der Staat aber jetzt tut, das geht noch weit über diesen Rahmen hinaus. Ich muß sagen, ich wundere mich, daß die Sozialdemokraten damals gegen das kleinere Gesetz gestimmt haben, heute aber dem bodenlosen, uferlosen Gesetz zustimmen wollen. Wie das erklärt werden wird, darauf bin ich sehr neugierig.

Der Staat hat sich hier mit einer Art von Geschäften zu befassen begonnen, die in der Wirtschaft überhaupt zu den gefährlichsten zählen. Wer im Wirtschaftsleben steht, wer beruflich mit Darlehensgeschäften, Schuldurkunden, Pfandurkunden, Bürgschaftsurkunden jahrelang und jahrzehntelang so zu tun hat, wie ich das Vergnügen habe, der weiß, daß die Bürgschaft eines der bedenklichsten Rechtsgeschäfte ist, die man überhaupt eingehen kann. Besonders bedenklich ist es aber, wenn der Staat die juristische Person, für die er hier bürgen soll, in ihrer inneren Struktur infolge der Überstürztheit, mit der sich alles abgespielt hat, noch gar nicht kennen kann, ja noch mehr, wenn er sich von vornherein gar keine Ingerenz zu sichern gewußt hat, die Verhältnisse dort so zu gestalten, wie es notwendig wäre. Das steht im Gegensatz zu dem Vorgehen des Auslandes. Bevor das Ausland Geld hergibt, schafft es sich zuerst Garantien, bevor die ausländischen Kreditgeber einspringen, vergewissern sie sich der Sicherheit dieser Kredite, verlangen sie die Garantie des Staates. Der Staat aber findet eine derartige Garantie nach keiner Richtung hin für notwendig. Wir haben noch keine Handhabe, bei der Anstalt einzugreifen, auch die Regierung noch nicht, das alles soll erst nachhinein geschaffen werden. Daß dort eine ordentliche Wirtschaft eingerichtet wird, soll erst nachher, nach dem Eingreifen der Regierung, geschehen; das Haus soll aber heute, bevor irgendwelche Unterlagen dafür da sind, Beschluß fassen. Das ist doch ein Vorgang, der ganz unmöglich ist. Wir wissen von der Gebarung der Bank im wesentlichen weiter nichts, als daß der Personalaufwand 25 Millionen Schilling jährlich betragen soll. Das ist kein besonders verheißungsvolles Omen. Wir wissen aber nicht — und das ist das Katastrophale — die Höhe des Betrages, für den wir letzten Endes bürgen müssen. Man könnte sagen, die Regierung weiß es, die Regierung hat bestimmte Vorsätze. Ich fürchte, Vorsätze werden da nicht viel helfen. Wenn die Regierung den Betrag überschreiten soll, den sie sich vorgenommen hat, wird das

Spiel genau so wieder von vorn beginnen. Wie es nicht bei den 100 Millionen von neulich geblieben ist, aus denen plötzlich 150 Millionen wurden, genau so, wie es auch nicht bei den 150 Millionen geblieben ist, fürchte ich, wird es in Zukunft weitergehen, dann, wenn der vorgesehene Betrag wieder überschritten werden soll, wird man wieder sagen, man könne ja die Wirtschaft nicht zusammenbrechen lassen, man müsse halt doch wieder helfen. Ich fürchte, das ist ein böser Weg, den wir hier beschritten haben. Das erinnert an die Zeit der Friedensverhandlungen nach dem Weltkrieg; es erinnert sehr an das berühmte Schlagwort vom Frieden um jeden Preis. Ebenso schreit man jetzt in der Wirtschaft: Nur fortwurseln um jeden Preis! Und doch glaube ich, daß gerade wir Österreicher mit dem Fortwurseln verdammt schlechte Erfahrungen gemacht haben. Fortgewurselt haben wir in der alten Monarchie lange genug, und die Folge des Fortwurselns war der Zusammenbruch dieses Staates, die Auflösung des Staates in seine einzelnen Bestandteile. Wenn wir im neuen Österreich das Fortwurseln so weiter betreiben wie bisher, dann wird der Erfolg nicht anders sein!

Man hat nun gemeint, man werde durch ein Gesetz das Vertrauen zur Bank im Inland wiederherstellen. Eine Erscheinung, die gerade zu dem heutigen Gesetz geführt hat, beweist eigentlich das Gegenteil. Ginge es so leicht, das Vertrauen zu einem Kreditinstitut durch gesetzgeberische Maßnahmen herzustellen, dann hätte der Abhebungsturm bei der Credit-Anstalt nicht eingesetzt, denn es war ja ein Gesetz zur Beruhigung geschaffen worden. Ich muß ernstlichen Zweifeln darüber Ausdruck geben, ob auch dieses zweite Gesetz den gewünschten Erfolg haben wird. Ich für meine Person sage ganz offen, daß ich das Gegenteil fürchte.

Ich glaube überhaupt nicht, daß mit dieser Art von Flickmaßnahmen, wie sie hier getroffen werden, auf die Dauer weitergewirtschaftet werden kann. Was uns fehlt, das ist zunächst ein großer Wirtschaftsplan für den Staat, das ist, wie ich schon eingangs erwähnt habe, die Aufstellung eines wirtschaftlichen Rahmens, in dem sich die vaterländische Wirtschaft entwickeln soll, wohl die Einführung einer Art von gebundener Wirtschaft, nicht etwa von Sozialisierungen und kleinlichen Eingriffen in wirtschaftliche Einzelheiten; aber die Verantwortlichkeit muß geschaffen werden, und auch die Möglichkeit, Schuldige zur Verantwortung zu ziehen, die sich aus dem Rahmen einer solchen vaterländisch gebundenen Wirtschaft hinausbegeben, die rücksichtslos darauf loswirtschaften, die das Volksvermögen rücksichtslos vergeuden, es in das Ausland verschoben und dabei noch die häßliche Befriedigung haben, daß wir uns dann beeilen, diese Leute zu sanieren, statt die Wirtschaftsstrafgesetzgebung auch entsprechend umzugestalten. Denn nicht allein mit rein wirtschaftlichen Fragen ist es getan. Hier muß die Gesetzgebung, und zwar die Strafgesetzgebung, einschreiten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es eines der dringendsten

Erfordernisse der Gegenwart ist, die Wirtschaftsstrafgesetzgebung auf eine ganz neue Grundlage zu stellen, ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteifragen, ohne Rücksicht auf irgendwelche Rebel aus der Umsturzzeit. Hier müssen wir die Todesstrafe wieder einführen, die Todesstrafe für schwere Wirtschaftsverbrechen. Es gibt auch andere Staaten, in denen ein etwas schärferer Wind weht, in denen sich eine Bank nicht allzuleicht zu krachen traut, weil sie weiß, daß dort die Regierung die Kraft haben würde, entsprechend einzugreifen. Es gibt auch Länder, wo solche Wirtschaftsverbrecher einfach in die Verbannung verschickt werden. Das ist ungemein heilsam, das dämpft die Spekulationswut, das steigert das Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volksganzen und gegenüber dem Staat.

Aber wir wollen wieder zu dem zurückkehren, was wir schon lange Zeit predigen: daß es notwendig ist, überhaupt aus den Klauen des internationalen Leihkapitals wieder ein wenig herauszukommen, und der beste Weg, der dahin führt, ist eben, daß man es allmählich entbehrlich zu machen trachtet. Das ist natürlich kein Weg von heute auf morgen, da nützt das schönste Gesetz von heute auf morgen nicht. Die Grundlage einer solchen Entwicklung ist vor allem, um jeden Preis einen Schutz der einheimischen Erzeugung herbeizuführen, damit die im Inlande erzeugten Werte nicht brach liegenbleiben, damit sie in wirkliche Werte umgesetzt werden, damit wir unser Geld nicht überflüssig ins Ausland schicken, um dort einzukaufen und dabei hier ein Heer von Arbeitslosen zu erhalten, sondern die innere Erzeugung, den inneren Markt wirklich einmal planmäßig umgestalten, daß wir die Erzeugung auf den Bedarf umgestalten und dafür sorgen, daß dieser Bedarf aufrecht bleibt und ausgenutzt wird. Das gilt sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft als auch in verschiedenen anderen Erwerbszweigen. Bevor damit nicht begonnen wird, können wir uns nicht entschließen, irgendwelchen Gesetzen zuzustimmen, die uns über augenblickliche Schwierigkeiten hinweghelfen.

Wir würden erst dann dafür zu haben sein, solchen Gesetzenwürfen näherzutreten, wenn einmal der Anfang zur Umgestaltung dieses Staates gemacht wird, wenn dieses demokratische Fortwurseln einmal aufhört, wenn man einmal wirklich den Willen hat, ernsthaft durchzuführen, was notwendig ist, wenn man einen großen Plan sieht, wie man sich den Aufbau der Wirtschaft vorstellt, wenn man auch an Probleme herantritt, über die heute oft gespöttelt wird, wie die Frage der Arbeitsdienstpflicht und dergleichen mehr. Alles, was zur Gesundung unserer vaterländischen Wirtschaft beitragen kann, muß heute rücksichtslos angestiegen werden. Dazu braucht man aber auch ein höheres Maß von Sachverständnis in der Volksvertretung und in der Regierung. *(Gelächter links.)* Wenn Sie darüber lachen, sage ich Ihnen: Wir sind immer diejenigen gewesen, die längst gesagt haben,

daß wir einen ständischen Aufbau in diesem Staate brauchen, damit die nötigen Sachverständigen stets zur Verfügung stehen, damit die Regierung immer einen Kreis von offiziellen, aus dem Volk hervorgegangenen Fachmännern hat. Sie sehen, die Herren Roten lachen heute noch darüber; wir werden sehen, wie lange dieses Gelächter dauern wird. Wir glauben, die Entwicklung wird uns recht geben. Wir haben kein Vertrauen zur Struktur eines Staates, in dem es zum Beispiel möglich ist — ich will niemanden persönlich angreifen, aber es ist bezeichnend für das heutige System —, daß ein Mann heute Bundesbahnpräsident und morgen Ackerbauminister sein kann. Es sind dies Funktionen, die offenbar in nahem Verwandtschaftsverhältnis zueinander stehen. Oder wenn man sieht, daß der frühere Handelsminister plötzlich als Justizminister aufsteht und dergleichen mehr. Uns ist das nicht zumachen, wir erblicken darin eine sehr ernsthafte Fehlfunktion unseres Staates, die sich noch sehr übel rächen wird.

Wir gehen zweifellos ernsten Zeiten entgegen. Wir wollen uns aber jetzt nicht allzusehr in die Weite verlieren, wir haben auch noch einige konkrete Anträge zu dem heutigen Gesetz zu stellen. Wir lehnen dieses Gesetz in seiner heutigen Form mit seiner Gefahr der Uferlosigkeit und finanziellen Unbegrenztheit auf das schärfste ab. Wir beantragen daher folgendes (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„1. Die Bundesregierung hat sofort die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung gegen die Funktionäre der Credit-Anstalt bei gleichzeitiger Verhaftung derselben zu veranlassen.

2. Die Bundesregierung hat alles vorzunehmen, um das Vermögen der verantwortlichen Funktionäre der Credit-Anstalt sicherzustellen, da zweifellos strafbare Handlungen vorliegen und der Verdacht der Verabredung und Fluchtgefahr besteht.

3. Die Bundesregierung hat ein Gesetz einzubringen, das die Rückvergütung der Lantien und Überbezüge der leitenden Funktionäre innerhalb der letzten drei Jahre vorsieht.“

Wir wissen, daß das noch lange nicht alles ist, wir können das hohe Haus auf dem Wege, den es jetzt beschritten hat, natürlich nicht aufhalten. Wir acht Mann werden das Gesetz nicht verhindern können — wir sind uns dessen vollkommen bewußt —, aber wir wollen heute feststellen, daß wir vor dem Wege gewarnt haben, der hier beschritten worden ist, und die Entwicklung wird uns recht geben. Machen Sie nur so weiter! Wir sind des einen gewiß: daß die Stunde, in der dieses Gesetz angenommen wird, die eigentliche Geburtsstunde des Faschismus in Österreich ist. (*Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten.*)

Der gehörig gezeichnete Entschließungsantrag Dr. Hueber, Hainzl u. Kam. (S. 869) wird zur Verhandlung gestellt.

Hans Eber: Verehrte Frauen und Männer! Mein Herr Vorredner hat von dem Sachverständnis gesprochen, und dazu ist auf der linken Seite gelächelt worden. Wenn ich jetzt als Redner auftrete und zu einer Gesetzesvorlage oder zu irgendeinem Vorkommnis spreche, so wird vielleicht noch mehr Grund vorhanden sein, darüber zu lachen. (*Heiterkeit.*) Denn mir wird doch niemand Sachkenntnis für das Bankwesen zumuten. Wenn ich aber trotzdem hier heraufkomme und so im allgemeinen über die Zustände spreche, so möchte ich sie auf eine Weise darstellen, wie wir Bauern sie zu verstehen versuchen.

Als das letztemal von der Stützung der Credit-Anstalt die Rede war, haben wir uns gedacht: Die Regierung hat jetzt auf einmal viel Geld. Wir haben aber so viele Deputationen gesehen und sprechen gehört, die die Bewilligung von kleinen Beträgen verlangt haben; sie konnten nicht bewilligt, sie konnten nicht versprochen werden. Und jetzt auf einmal hat die Regierung schnell, recht schnell, einen für uns überhaupt nicht recht vorstellbaren Betrag bei der Hand. 100 Millionen Schilling, das ist für uns, für mich wenigstens, ein Begriff, der über meinen Verstand hinausgeht. Wir haben uns damals aber gedacht: Wenn ich jemandem etwas leihen will oder wenn ich für jemanden gutstehen soll, so muß ich mir doch den Menschen genau anschauen; ich muß mir seine Wirtschaft anschauen und sehen, ob ich bei meinem Gutstehen nicht daraufzahlen werde. Wir haben auch diesbezügliche Anträge gestellt, in welchen wir verlangt haben, daß man zuerst prüfen soll, ob dieses Geld nicht zur Gänze verfallen wird. Man hat die Sache damals so hingestellt, daß keine Zeit mehr vorhanden ist, um genaue Nachschau zu halten, denn wenn wir mit der Stützung warten, dann wird die ganze Stützung überhaupt überflüssig und verfehlt ihren Zweck. Jetzt stehen wir wieder vor einer solchen Situation. Heute handelt es sich aber um etwas mehr; nach meiner Überzeugung um so viel, daß es keiner der Herren Regierungsvertreter sich auszusprechen getraut. Deswegen hat man eine unbegrenzte Garantie vorgeschlagen.

Ich habe in diesem Hause schon so oft von dem Jammer unseres Volkes, von seinem Elend und seiner Not sprechen gehört, wir sehen und hören aber auch immer wieder, daß es in diesem Staate Leute gibt, die von einer Not keinen Begriff haben, und daß gerade in diesen Instituten Leute sitzen, die sich ein Einkommen sichern können, das unsere Begriffe übersteigt. Wenn man trotzdem diesen Instituten Geld zur Verfügung stellt oder für sie die Haftung übernimmt, so begibt man damit zumindest einen Leichtsinn. Wenn ein Nachbar zu mir kommt und verlangt, ich soll ihm borgen, so werde ich mir den Nachbar und seine Wirtschaft zuerst ansehen. Wenn ich dann sehe, daß dieser Mensch sich drei Angestellte bezahlt, die nicht notwendig sind, daß dieser Mensch ein Leben führt, das an Verschwendung grenzt, daß dieser Mensch

nicht zu wirtschaften versteht, dann werde ich ihm sagen: Mein lieber Nachbar, so leid es mir tut, aber ich kann dir nicht beispringen, denn in kurzer Zeit ist das auch dahin. Und diese Überzeugung müssen wir leider auch in dieser Sache wieder haben.

Wir haben von dieser Stelle aus schon sehr oft Erörterungen und Versicherungen gehört, daß man das und jenes machen wird, man wird die und wird jene zur Verantwortung ziehen. Aber bis heute ist nichts geschehen. So gern wir dem Herrn Bundeskanzler glauben möchten, aber versichert ist uns schon oft worden, daß man die Schuldigen zur Verantwortung ziehen wird. Es ist uns schon oft von unserem Strafgesetz gesprochen worden. Aber das bloße Gesetz nützt uns nichts und wird einen Menschen, der dort die Verantwortung trägt, nicht davon abschrecken, wenn er die Anwendung des Gesetzes nicht zu befürchten hat. Die Anwendung des Gesetzes war aber in unserem Staate von den oberen Reihen seit langer Zeit nicht zu befürchten. Ja, wenn unsereins mit einigen Schillingen Steuer im Rückstande ist, wenn der Zahlungswille noch so vorhanden ist, aber ich kann das Geld nicht aufbringen, dann kommt der Exekutor und dann kommen alle möglichen Androhungen, und schließlich muß ich irgendein Stück um die Hälfte des Preises oder für noch weniger weggeben, um der Verpflichtung nachzukommen. Für einen anderen Teil der Bevölkerung des gleichen Staates gibt es aber keine Verpflichtungen, für Leute, die ein Einkommen haben, daß man damit sehr viel zur Steuerung der Not beitragen könnte. Aber da wird der Hebel nicht angelegt. Das ist eben das Traurige, daß wir das Vertrauen zu dieser Situation, die dieses Parlament heraufbeschwört, absolut verlieren mußten. Nur mit Versprechungen und nur mit Andeutungen läßt sich eben eine Wirtschaft nicht erhalten.

Ich möchte ausdrücklich darauf verweisen: Es wird so viel über die Notstandsunterstützung usw. gesprochen. Es herrscht verschiedentlich die Meinung vor, daß vielleicht wir Heimatblöcker und besonders die Bauern arbeiterfeindlich sind. Ich möchte das kurzweg in Abrede stellen und möchte hier ganz kurz erzählen, wie es bei mir daheim zugeht. Heute, wo die Leute vielfach keine Arbeitslosenunterstützung und keine Arbeit haben, wo sie infolgedessen gar keine Möglichkeit haben, kommen an einem Tag bis zu zehn Leute daher, mit Kindern an der Hand geführt, und bitten um ein Stückchen Brot. Ja, wären wir diese Arbeiterschinder, als die wir immer verschrien werden, wir würden sie von der Tür weisen. So aber kann man das nicht über sich bringen, und ich kann sagen, es wird bestimmt täglich auf zwei bis drei Tagesverköstigungen veranschlagt werden müssen, was einer von uns leistet. Wenn die Sache so weitergeht, werden diese ganzen Unterstützungen und dieser ganze gute Sinn einmal zuschanden werden, wenn wir alle zusammen vor dem Nichts stehen.

Wenn wir verschiedentlich von dieser Sachlage draußen sprechen und die Leute uns fragen, um Gottes willen, wird es denn nicht anders, was werdet ihr denn machen, so gehen wir ja alle zugrunde — was soll man ihnen da zur Antwort geben? Ja, da kommen viele, die mehr Verstand haben als wir, und die sagen: Da sind wir nicht schuld, die Weltwirtschaftskrise hat uns hineingezwängt, da können wir Österreicher leider nichts machen. Da ist die Weltwirtschaftskrise schuld. Nach meiner Überzeugung bestimmt uns die Weltwirtschaftskrise nicht, für den Staatshaushalt innerhalb von fünf bis sechs Jahren um 1 Milliarde Schilling mehr auszugeben. Nach meiner Überzeugung bestimmt uns die Weltwirtschaftskrise nicht, um 1 Milliarde mehr einzukaufen, als zu verkaufen. Ich meine, das sind innere Verhältnisse, und wenn alle zusammen mit gutem Willen darangingen, hier Wandel zu schaffen, dann wäre wirklich, meine ich, ein besserer Weg in eine bessere Zukunft zu finden. Aber hier in diesem hohen Hause wird immer von Parteipolitik gesprochen, und man hat schon oft in der Zeitung gelesen: Großer Sieg bei irgendeiner Wahl! Ja, wie wirken sich denn diese großen Siege aus? Der große Sieg ist heute da. Alle zusammen sind wir schon in dem Abgrund des Zusammenbruches, und ich bin vollkommen der Überzeugung, daß es draußen den Laien klar wird, daß wir schon zusammengebrochen sind. Und wenn heute Vertreter der Regierung erklärt haben, daß es wahrscheinlich nicht zu einer wirklichen Haftung kommen wird, daß man die Credit-Anstalt so erhalten wird, so wünschen wir das, aber glauben können wir nicht daran. Wenn die Tatsachen es anders darstellen werden, dann werden wir froh sein, denn wir sind nicht egoistisch genug, um anderen ihren guten Glauben zu nehmen.

Ich möchte nur auf eines verweisen: Wenn dieses Haus wirklich darangehen und wirklich aus dem innersten Bestreben heraus jene Arbeit leisten möchte, die der Wirtschaft des Volkes entsprechen möchte, wenn alle zusammenhelfen, um das Volk auf die schwere Zeit aufmerksam zu machen, so nützt dies alles zusammen nichts, wenn dieses gepeinigte Volk, wenn dieses Volk, wo der eine Teil keine Lebensmöglichkeit hat, der Bauer von seinem Grund und Boden zehrt und kurz vor seinem Verschwinden ist, sieht, daß in dieser Zeit an anderer Stelle das Geld mit beiden Händen hingeworfen wird; da fehlt dem Volk der Glaube, daß da wirklich mit allem Ernst gearbeitet wird. Wenn wir nun solche Zustände vor uns haben, so sollten wir wohl darangehen, wirklich einmal den Anfang zu machen mit den Leuten, welche solche Einkommen sich aus einer Wirtschaft herausziehen verstehen. Wenn der Betreffende von dem Geschäft, welches er leitet, Hunderttausende von Schillingen herauszieht, da könnte man ihn ja verantwortlich machen für die ganze Geschäftsführung und ihn mit seinem Vermögen zur Haftung heranziehen, und da

wäre selbstverständlich keine Strafe scharf genug für den, der in purem Leichtsinne das schwer errungene Volksvermögen vergeudet.

Ich werde wahrscheinlich hier im hohen Hause nicht viel Anklang mit meiner Rede finden, aber ich sage es offen und ehrlich, es ist meine vollkommene Überzeugung, daß das ganze System geändert werden muß. Es muß einmal alles zusammen vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet werden, und es darf nicht der eine oder der andere von dem Schlagwort ausgehen, daß er einen der Seinigen dahinzusetzen imstande ist. Derjenige, der die Sache am besten versteht, der soll auf den richtigen Platz hinkommen. Es wird vielleicht nicht das Richtige herauskommen, wenn man mich irgendwohin schickt, ein Auto zu kaufen, und den Chauffeur zu einer Milchkuh, sondern es sollte wohl umgekehrt sein. Es muß der gute Wille aufgebracht werden, wir alle müssen ernstlich wollen, daß man den richtigen Mann an die richtige Stelle setzt, und wir sollen uns auch nicht fürchten, wenn die scharfe Hand kommt; denn der Ehrliche mit dem guten Gewissen braucht sich nicht zu fürchten, und der andere kann nicht genug bestraft werden. Es muß wieder einmal der Sinn für Recht und Gerechtigkeit in unserem Volke durch und durch dringen, denn ansonsten gehen wir dorthin, wo wir hingehören, zu einem Neubau, aber müssen dann unter viel schlechteren Bedingungen anfangen, als wir sie heute noch hätten. Darum ergeht nochmals mein Ruf: Halten wir alle fest, schauen wir der Not gerade ins Auge, und tragen wir nicht dazu bei, durch parteiegoistische Ziele, welche man dem Volke vortäuscht, es über die wirkliche Notlage hinwegzutäuschen, sondern fassen wir den Mut, ihm aufrichtig die Wahrheit zu sagen und den Weg zu weisen, wie es besser werden könnte.

Wir haben früher immer hören müssen: Ja, mein Gott, was werdet ihr Bauern reden! Ihr erzeugt ja nichts! Wir sind ja vom Ausland abhängig; die Lebensmittel, die wir erzeugen, sind ja nicht ausschlaggebend! Ich bin anderer Überzeugung. Man kann heute schon beweisen, was die Landwirtschaft auf diesem Gebiete geleistet hat, und außerdem kann sich jeder, der von der Landwirtschaft nur einigermaßen einen Begriff hat, vorstellen, daß wir, wenn der Preis unserer Produkte die Gesteungskosten decken würde, noch viel mehr erzeugen könnten. Aber wir müssen offen sagen: Wir sind heute bei größtem Fleiß und größter Sparsamkeit nicht imstande, uns auf dem jetzigen Standpunkt zu erhalten. Wenn dann die Bauernschaft und damit ein großer Teil des Landvolks, der Landarbeiter, ohne Schuld zusammenbricht und in die Verzweiflung getrieben wird, dann sollten die Verantwortung jene tragen, die solche Zustände heraufbeschworen haben. *(Beifall auf der äußersten Rechten.)*

Neustädter-Stürmer: Sehr geehrte Frauen und Herren! Als nach den Wahlen im November des Jahres 1930 in der Presse großer Jubel darüber

ausbrach, daß die Mehrheit der Bevölkerung in Österreich den Radikalismus von links und den Radikalismus von rechts ablehnt, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung für die Politik der mittleren Linie, für die Devise „Für Ruhe und Ordnung“ entschieden hat, hat man wohl nicht geahnt, daß sich diese Politik der mittleren Linie so rasch als unmöglich erweisen wird. Es ist höchstens ein halbes Jahr vergangen, seit sich diese Politik der mittleren Linie mit so viel Jubel in Österreich etabliert hat, und schon heute zeigt sich, daß diese Politik von Mißerfolg zu Mißerfolg schreitet.

Es fällt mir gar nicht ein, diesen Mißerfolg den Personen in der Regierung zuzuschreiben, schon gar nicht der Person des Herrn Bundeskanzlers, sondern diese Mißerfolge liegen notwendigerweise in dem System selbst, das diese Politik verfolgt. Es hat begonnen mit dem Haushaltsplan. Wir vom Heimatblock wurden damals als besonders wirtschaftsfeindlich bezeichnet, weil wir diesem Haushaltsplan nicht unsere Zustimmung gegeben haben. Wir hatten in unserem Laienverstand, wenn ich so sagen darf, die Überzeugung, daß ein Haushaltsplan mit so hohen Ansätzen in den Einkünften, die um ungefähr 200 Millionen höher sind als die Einkünfte, die sich im vorigen Jahr ergeben haben, falsch sein muß, und heute gibt der Herr Finanzminister selbst zu, daß er einen unbedeckten Abgang von 150 Millionen Schilling hat. Wir haben also recht gehabt: dieses Budget der Regierung war verfehlt und unmöglich.

Dann kam als zweiter Mißerfolg der Versuch, den so schwierigen Komplex der Sozialversicherung zu lösen. Dieser zweite Versuch endete mit der schleunigen Flucht des Sozialministers. Auch das andere Problem, das zu lösen sich die Regierung der mittleren Linie vorgelegt hat, das Problem der Verwaltungsreform, hat kein schöneres Schicksal gehabt. Der so sehr gelobte Dr. Löbell hat ja schließlich außer einigen ziemlich inhaltsleeren Zeitungsartikeln nichts hervorgebracht. Es ist also auch der Versuch, die Verwaltungsreform durchzuführen, vollkommen gescheitert.

Ich glaube, daß Sie mir recht geben werden, wenn ich auch die nächste Aufgabe, die sich die Regierung gesetzt hat, nämlich die Zollunion, sehr pessimistisch beurteile und sage, daß sie jedenfalls nicht als ein Erfolg dieser Regierung gebucht werden kann, nicht darum, weil wir etwa der Zollunion nicht zustimmen, sondern darum, weil es allem Anschein nach kaum möglich sein wird, dieses Projekt durchzusetzen.

Dann kam die Vorlage über die Postsparkasse, und der Heimatblock hat damals wieder — „unwirtschaftlich“, wie man es genannt hat — dagegen gestimmt, daß es der Postsparkasse erlaubt sein soll, Aktien zu kaufen. Nun sehen Sie, die Regierung, die Mehrheit hat damals eigentlich Glück gehabt, daß einige Herren der Mehrheit von Grippe befallen waren und daß infolgedessen die Regierungsvorlage nicht durchgedrungen ist, denn heute dürfte es uns allen klar

sein, welche Aktien es waren, die die Postsparkasse hätte erwerben sollen. (*Rufe auf der äußersten Rechten: Sehr richtig!*) Es war das jedenfalls die erste Rettungsleine, die man der Credit-Anstalt zuwerfen wollte, und es ist sehr erfreulich, daß es durch diese Abstimmung gelungen ist, zu verhindern ... (*Bundeskanzler Dr. Ender [mit einer Geste gegen die Stirne]: Sind Sie bei Sinnes? — Beifall rechts. — Dr. Aigner: Verantwortungslose Gesellschaft! In dem Moment so zu reden! Sie wollen die Wirtschaft sanieren? Wo ist denn Ihr Führer, der dort gesessen ist? — Dr. Hueber: Er muß ja nicht hier im Parlament sitzen!*) Ich verstehe nicht ganz, warum diese Worte eine so besondere Aufregung hervorgerufen haben. Ich habe nichts anderes gesagt, als daß wir es verhindert haben, daß die Postsparkasse Aktien erwirbt, und ich habe daran die Bemerkung geknüpft, daß es gut war, daß es gelungen ist, dies zu verhindern, weil sonst die Postsparkasse auch in die Schwierigkeiten der Credit-Anstalt hätte mit hineingezogen werden können. Wenn Sie diese meine Bemerkung als besonders unsinnig ansehen, so wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir die Gründe dafür angeben können.

Dann kam die erste Stützungsaktion der Credit-Anstalt. Auch hier haben wir uns wieder als höchst unwirtschaftlich gezeigt und uns gegen diese Stützungsaktion aus dem einfachen Grunde gestellt, weil wir vollkommen überzeugt davon waren, daß diese Stützungsaktion nicht zu dem Ziele führen wird, das die Regierung angestrebt hat. Wir haben allerdings nicht geglaubt, daß diese unsere Laienansicht sich in so kurzer Zeit bewahrheiten wird. Wir haben nicht geglaubt, daß es nur weniger Tage bedürfen wird, bis es dazu kommt, daß die Regierung heute von uns verlangt, daß wir sozusagen einen Bantkrowechsel auf das österreichische Volksvermögen ausstellen.

Es ist seitens des Herrn Bundeskanzler eine Erklärung vorgelesen worden, derzufolge sich die Regierung nun auch dafür interessieren wird, wie denn eigentlich die Personalauslagen der Credit-Anstalt beschaffen sind, es ist auch in Aussicht gestellt worden, daß die Schuldfrage geprüft werden wird. Ja, sehen Sie, wir haben in Österreich schon eine ganze Kette solcher Rettungsaktionen im Bankwesen mitgemacht, es hat bei der Rettungsaktion für jene zahlreichen kleinen Parteibanken begonnen, die dann unter starkem politischen Druck den größeren Banken aufgelastet wurden. Dies hat sich fortgesetzt beim Zusammenbruch der Unionbank. Dann wurde wieder einmal unsere Wirtschaft nach dem Zusammenbruch der Boden-Credit-Anstalt gerettet, aber auch diese Rettung war nicht von langer Dauer, sie hat sich so ausgewirkt, daß auch die Credit-Anstalt in den Zusammenbruch hineingedrängt wurde. Wenn Sie einige Streiflichter über die Personalauslagen der Credit-Anstalt interessieren, so kann ich Ihnen sagen, daß der Gehalt des Herrn Neurath samt Lantienmen usw. den Betrag

von 500.000 S jährlich übersteigt. Ich kann Ihnen auch sagen, daß die Pensionslast — zum Teil von der Boden-Credit-Anstalt her — ungefähr 10½ Millionen Schilling jährlich beträgt und, daß es sich hier um Pensionen handelt, die zum Teil 30.000 bis 40.000 S im Jahr ausmachen. Das Projekt, das uns die Regierung mit diesem Gesetzentwurf heute auf den Tisch legt, ist ja kühn genug; es erscheint aber um so kühner, wenn man bedenkt, daß die Regierung hier eine Bank stützen will, die solche Gehälter und solche Pensionen auszahlt, und daß sie uns gleichzeitig einen Regierungsentwurf über eine Gehaltskürzung vorlegt, von der nur diejenigen Beamten und Pensionisten ausgenommen werden sollen, deren Gehalt 170 S im Monat nicht übersteigt.

Auch darüber, daß die Stützungsaktion der Regierung das Vertrauen zu der Bank nicht wiederhergestellt hat, brauchen wir alle uns wohl nicht zu wundern. Schon oft genug hat die Regierung versucht, der Wirtschaft mit derartigen Mitteln auf die Beine zu helfen, und alle diese Versuche sind mißlungen. Wir fragen uns heute auch, wie diese Reorganisation der Credit-Anstalt, die uns die Regierung heute in Aussicht stellt, eigentlich beschaffen sein wird. Wie wird es den Männern, die diese Sache übernehmen sollen, gelingen, jetzt plötzlich alle die schwierigen wirtschaftlichen Fragen zu lösen, die bisher die Wirtschaftsführer der Credit-Anstalt nicht zu lösen wußten? Und wenn heute im Finanzausschuß seitens der sozialdemokratischen Partei das Hauptgewicht darauf gelegt wurde, wer denn der neue Leiter dieser Bank sein wird, so müssen wir wohl sagen, daß wir auch dann kein besonderes Vertrauen zu dieser Reorganisation haben würden, wenn dieser Leiter das Vertrauen der sozialdemokratischen Partei genießt.

Es ist schon von meinem Vorredner erwähnt worden, daß in diesem Falle mit den Geldern der Steuerträger ja nicht nur die Verluste gezahlt werden, die in Österreich erlitten wurden, sondern daß wir dank dem Umfange, den die Credit-Anstalt hat, auch die Verluste mitbezahlen, die die Tschechen und die Rumänen und die Jugoslawen im Laufe der Jahre erlitten haben.

Etwas scheint mir heute übersehen zu werden, wovon ich geglaubt habe, daß es besonders von der sozialdemokratischen Partei aufgegriffen würde, nämlich das Problem der Banken überhaupt, die Frage, ob es denn wahr ist, daß diese Großbanken, wie wir sie in Österreich haben, wirklich Förderer und Stützer unseres Wirtschaftslebens sind, oder ob es nicht vielleicht richtiger wäre, zu sagen, daß diese Banken Schmarroter am Wirtschaftskörper Österreichs sind. Ich glaube, daß es doch einmal notwendig wäre, darüber nachzudenken, ob die Spannung, wie sie in Österreich zwischen dem Einlagezins und dem Darlehenszins besteht, unbedingt aufrechterhalten werden muß. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß Industrief Kredite in Frankreich mit 2 bis 4 Prozent,

in England mit 4 bis 6 Prozent, in Amerika mit 4 bis 10 Prozent, in Deutschland mit 8 bis 12 Prozent gegeben werden, während bekanntlich die Kredite in Österreich und auch die Kredite der Credit-Anstalt einen bedeutend höheren Zinsendienst erfordern.

Das Problem liegt aber jedenfalls tiefer. Diese Politik der mittleren Linie, die Sie machen wollten und machen, hält an unserer bestehenden Staatsordnung und an unserer bestehenden Wirtschaftsordnung fest. Wir haben die Überzeugung und heute haben wir diese Überzeugung mehr denn je, daß es unmöglich ist, mit der bestehenden Staatsordnung und mit der bestehenden Wirtschaftsordnung noch eine Rettung für unser Vaterland zu finden. Es gibt unserer Überzeugung nach im gegenwärtigen Augenblick keine Politik der mittleren Linie, die sich durchsetzen könnte. Sie müssen sich entscheiden, meine verehrten Frauen und Herren, entweder für die Politik, die von links gewollt wird, für diese Wirtschaftspolitik, oder für die Politik, die von rechts, von uns gewollt wird. (*Lachen links.*) Ja, wenn Sie auch lachen — ich meine gar nicht die Politik des Marxismus, ich meine gar nicht die Wirtschaftsform oder Staatsform des Marxismus, denn eine solche Staatsform gibt es gar nicht, es gibt ja nur die Staatsform und die Wirtschaftsform des Bolschewismus. Und seien Sie überzeugt, wenn wir soweit kämen, dann würden auch Sie ebenso vom Bolschewismus überrannt werden, wie der Marxismus bisher in allen Ländern vom Bolschewismus überrannt worden ist. (*Stein: Überlassen Sie das uns allein!*) Ich kann es Ihnen nicht allein überlassen, denn es geht uns alle an. Wenn wir Ihnen das überlassen würden, glaube ich, würden wir bald dorthin kommen, wo man anderswo hingekommen ist, nämlich in den Bolschewismus hinein.

Ich glaube aber auch, daß die Politik, die Sie in der Mitte machen, vollkommen unfruchtbar und unmöglich ist. Meinetwegen können Sie unseren Kurs, können Sie unsere Politik eine faschistische nennen. In Gottes Namen! Wenn Sie unter Faschismus nicht die Diktatur verstehen — denn das ist nicht das wesentliche im Faschismus —, sondern wenn Sie unter Faschismus verstehen den Ständestaat und die nationale Wirtschaft an Stelle des Wirtschaftsliberalismus, wenn Sie den Faschismus so verstehen, dann sind wir Faschisten. Und in diesem Sinne sage ich Ihnen: Sie mögen noch so lange Ihre Versuche machen mit der Politik der mittleren Linie, Versuche, die uns dahingebracht haben, wo wir heute mit der Credit-Anstalt stehen — Sie werden damit nichts bezwecken! Sie werden sich entscheiden müssen — früher oder später — für den Bolschewismus oder für den Faschismus! (*Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten.*)

Rengauer: Geehrte Frauen und Männer! Es ist zirka fünf Monate her, daß ein Vertreter der Arbeiterschaft an den Bundeskanzler herangetreten ist, der der Arbeiterschaft in ihrer Bedrängnis zu Hilfe zu

kommen und die Industrie zu veranlassen, daß nicht das kleine Stück Brot, das die Arbeiterschaft heute hat, noch mehr durch das Diktat jener Männer verkleinert wird, die hinter den Kulissen der Wirtschaft, hinter den Kulissen der Industrie stehen, daß der Bundeskanzler und die Bundesregierung der bedrängten Arbeiterschaft zu Hilfe kommen soll, damit die Arbeiterschaft nicht in ihren Existenzmöglichkeiten schwer gefährdet wird. Nun, es waren nur Arbeiter, die sich an die Regierung um Hilfe gewandt haben, es war nur ein Vertreter der Arbeiterschaft, der an den Bundeskanzler die Aufforderung richtete, und deswegen, weil es Arbeiter waren, hat der Bundeskanzler die Erklärung abgegeben, man könne sich in die Privatwirtschaft nicht einmischen, es sei für die Regierung unmöglich, an die Industrie heranzutreten, die Lohnkürzungen für die Arbeiterschaft einzustellen, es sei unmöglich für die Regierung, an die Industrie heranzutreten und in die lohnpolitischen Dinge der Industrie sich einzumengen. Das war damals die Antwort des Herrn Bundeskanzlers, und die Arbeiterschaft wurde mit einer Geste abgespeist. Sie hat kein Recht, sie ist rechtlos, sie ist wehrlos jenen Männern, dem Diktat jener Männer ausgeliefert, die heute und vor wenigen Wochen an die Regierung herangetreten sind, aber nicht wegen der Lohnkürzungen der Arbeiter, sondern weil es um ihren eigenen Profitfädel gegangen ist. Deswegen sind sie an die Regierung herangetreten und haben die Not der Arbeiterschaft nur vorgeschützt und haben erklärt: Wir können es nicht verantworten, daß die Wirtschaft zugrunde geht. Sie haben erklärt, man kann es nicht verantworten, daß tausendso viele Arbeiter brotlos werden, man kann es nicht verantworten, daß tausendso viele Arbeiterfamilien dem größten Elend preisgegeben werden. Auf einmal haben die jüdischen Großaktionäre der Credit-Anstalt ihr mitleidiges Herz für die Arbeiterschaft entdeckt. Aber ihr Mitleid ist nur so weit gegangen, als sie die Arbeiterschaft zum Vorspann benutzt haben, damit sie ihren Profitfädel weiter anfüllen können, weil sie sonst Verluste erlitten hätten, weil, wenn man es ganz genau kaufmännisch nehmen wollte, die Aktionäre der Credit-Anstalt 80 Prozent ihres Vermögens verloren hätten. Was macht man, wenn der Besitz eines armen Teufels, eines Gewerbetreibenden oder Bauern unter den Hammer kommt? Ja, da bedauert man ihn, man schupft aber die Achseln und sagt, man kann nichts machen. Was macht man, wenn eine Arbeiterfamilie verhungert, elend zugrunde geht in diesem demokratischen Staate? Da kann man nichts machen, man schupft die Achseln darüber. Das sind ja nur Arbeiter, das sind ja nur Gewerbetreibende, das sind ja nur Bauern, das sind ja nur Menschen, die von ihrer Hände Arbeit leben. Wenn aber die Aktionäre der Credit-Anstalt in ihrem Vermögen vielleicht eine Einbuße erleiden sollen, dann weiß die Regierung schon, daß man in die Privatwirtschaft eingreifen kann. Den

Aktionären der Credit-Anstalt hat der Herr Bundeskanzler nicht erklärt: Man kann da nicht eingreifen, sondern er hat sie bereitwilligst aufgenommen. Und unter der Devise, daß man nicht 75 Prozent unserer Industrie zugrunde gehen lassen könne, unter der Devise, daß man das Vertrauen des Auslandes nicht enttäuschen dürfe, ist die eigene Arbeiterschaft, die eigene Bürgerschaft verraten worden. Der Regierung ist das Vertrauen des Inlandes heute anscheinend gleichgültig, man kümmert sich nicht darum. Für die österreichischen Arbeiter, für die österreichischen Gewerbetreibenden und Bauern gibt es nichts anderes als Kutschen, Maul halten, zu zahlen und schufsten für diejenigen Elemente, die sich im Inlande so lange den Säckel füllen, als es etwas herauszupressen gibt, und die dann abfahren und uns alle unserem Schicksal, dem Elend und dem Verhungern überantworten.

Wer sind denn diese Menschen, wer sind denn die Aktionäre der Credit-Anstalt? Von ihnen wird man sehr wenige in Österreich finden, und wenn man einen findet, so ist es ein solcher wie der Herr Rothschild. Ich glaube, wenn man heute einem Arbeiter sagt: Dort ist der Rothschild Präsident, so weiß er ganz genau, wer dieser Mensch ist; daß er heute gar nichts anderes ist als der Diktator über 75 Prozent der österreichischen Industrie. Das muß hier einmal offen ausgesprochen werden. Wenn die Christlichsozialen, die Großdeutschen und die Landbündler immer behaupten, daß die Sozialisierung von den Bolschewiken, von den Kommunisten droht, und man sie abhalten müsse, so sage ich: Sehen Sie nicht, meine Herren, daß die Sozialisierung gar nicht mehr zu kommen braucht? Wir kriegen eine andere Sozialisierung, eine Sozialisierung durch das internationale Finanzkapital. Diese Sozialisierung ist bei uns eingetreten, da der Staat ruhig zusieht, wie die Arbeiterschaft von 75 Prozent der österreichischen Industrie dem Diktat eines einzigen Finanzgewaltigen überantwortet wird, da der Staat ruhig zusieht, wie diese Bank, wie dieser Finanzgewaltige durch seine Funktionäre, durch seine Direktoren Spekulationen in verschiedenen Ländern durchführen läßt, das Volkvermögen vergeudet und verspielt, wie viele Millionen an einem Tag verspielt werden, während auf der anderen Seite von diesen 75 Prozent der Industrie herausgepreßt und herausgeholt wird, was herauszuholen ist. Die Industrie, heißt es, ist notleidend, die Industrie braucht Kredite. Sie muß sie aufnehmen. Zu welchem Zinsfuß muß sie nun diese Gelder ausleihen? Zu 10, 12 und 14 Prozent. Und wer muß diese Zinsen zahlen? Glauben Sie, daß vielleicht irgendein Generaldirektor eines Unternehmens diese Zinsen zahlt? Glauben Sie, daß vielleicht die Aktionäre dieses Unternehmens diese Zinsen zahlen? Nein, die Angestellten und die Arbeiter sind es, die zu Hungerlöhnen schufsten und rackern müssen, denen man das Letzte herauspreßt, denen man die Löhne und Gehälter kürzt, damit ja nicht die Profitrate dieser jüdischen

Bankdirektoren gekürzt zu werden braucht, damit diese jüdischen Bankdirektoren ihren Profitsäckel durch die österreichische Arbeiterschaft und Angestelltenschaft weiter füllen lassen können. Das sind die Tatsachen, die man aus diesem ganzen Skandal herausfindet.

Jetzt wäre es möglich gewesen, daß der österreichische Staat in diese Eiterbeule am österreichischen Wirtschaftskörper einmal einen gewaltigen Schnitt hätte machen können. Er wäre in der Lage gewesen, sich die Mehrheit der Aktien zu sichern, und damit wäre der Staat oder, wenn man sich nach unserer Verfassung genauer ausdrücken will, das Volk derjenige gewesen, der über 75 Prozent unserer Industrie auch ein Wort mitzureden gehabt hätte. Der Staat hat es aber abgelehnt, er braucht die Aktien nicht. Er steht nicht darauf an, für die 100 Millionen, die vor 14 Tagen hier bewilligt worden sind, sich die Aktien zu sichern, sondern es ist viel besser, wenn man dem Hause Rothschild einen Gewinn von 41.4 Millionen Schilling zuschanzt, während man 14 Tage darauf wieder eine neue Gesetzesvorlage einbringt und diesem Institute Kredite verschafft, für die man die Garantie übernimmt.

Gleichzeitig, an demselben Tage, bringt man aber ein Gesetz ein, nach welchem die Arbeitslosenunterstützung reformiert werden soll, aber nicht zugunsten, sondern zuungunsten der Arbeitslosen. An demselben Tage bringt man einen Gesetzentwurf wegen Bürgschaftsübernahme ein, wo man einem Teile der Arbeiterschaft, den Saisonarbeitern, zumutet, daß sie sich aus der Arbeitslosenunterstützung hinaus-schmeißen lassen, einem Teil der österreichischen Arbeiterschaft zumutet, sich dem Hungertode überantworten zu lassen. Denn was machen diese armen Kerle, wenn sie keine Unterstützung bekommen? Wollen wir Verbrecher aus der Arbeiterschaft machen, will die Regierung Verbrecher züchten? Will sie den Arbeitern auf der einen Seite die Unterstützung entziehen, damit sie auf der anderen Seite Zuchthäuser erhalten kann? Das ist das Fazit, das ist das Ende vom Liede, das bei einer solchen Politik herauskommt, die die heutige Regierung und die heutigen Parteien verfolgen. Gehen Sie heute in die Arbeiterschaft hinaus und fragen Sie sie, ob sie gewillt ist, mit Ihnen zu gehen! Ich glaube, Ihre Wähler von dieser wie von der anderen Seite würden Ihnen etwas anderes erzählen. Da wird sich mancher in die Haare greifen und sagen: Wenn ich nur am 9. November einen anderen Stimmzettel abgegeben hätte! Wenn ich nur nicht so dumm gewesen wäre und für diese Scheindemokraten, die einem Diktat des Herrn Rothschild gehorchen, den Stimmzettel abgegeben hätte, damit sie mir die Unterstützung kürzen, damit sie dabei sind, wenn den Arbeitern die Löhne gekürzt werden, damit sie ruhig zusehen, wenn die Arbeiterschaft, wenn die Angestelltenschaft in ihrer Existenz schwer gefährdet wird, aber wenn die Großaktionäre des Hauses Rothschild und der Credit-Anstalt kommen, ihnen mit offenen Händen geben, was sie fordern. Auf

der einen Seite schreiben Sie: 50 Millionen Schilling werden bei der Arbeitslosenunterstützung abgehen, 50 Millionen Schilling wird das Defizit betragen. Auf der anderen Seite schenken Sie den Aktionären der Credit-Anstalt 41.4 Millionen Schilling. Hätten Sie den Arbeitern diesen Betrag geschenkt, dann hätten Sie etwas anderes davon gehabt. Um diese 41.4 Millionen Schilling wäre die österreichische Volkswirtschaft belebt worden, während so diese Summe ins Ausland wandert. Da kommt jetzt der richtige Unsinn der österreichischen Regierung und des österreichischen Staates zutage: Auf der einen Seite geben sie den Aktionären der Credit-Anstalt, damit diese die Verschleppung des Kapitals ins Ausland besorgen, und auf der anderen Seite geht die österreichische Regierung ins Ausland betteln, damit man ihr Kredite gebe, damit man ihr das Geld gebe, um die Arbeitslosen unterstützen zu können. Wir müssen das Geld, das wir zur Arbeitslosenunterstützung hereinnehmen, schwer verzinsen. Wir müssen unsere Arbeiter mit diesen erbettelten Geldern erhalten, wir müssen ihnen einige Schillinge geben, zum Leben zu wenig und zum Verhungern doch zu viel. Auf der anderen Seite geben wir großmütig, was der österreichische Staat hat; weil wir ja das Geld so reichlich haben, weil wir den Geldsack vollgeschöpft haben, geben wir großmütig den Bankaktionären 41.4 Millionen als Geschenk hin. Der österreichische Staat zeigt sich, er ist des Vertrauens des Auslandes wert. Aber nicht wert ist er des Vertrauens der inländischen Bevölkerung.

Bei den Ausführungen eines Redners ist heute die linke Seite in ein höhnisches Gelächter ausgebrochen. Meine Herren von dieser Seite, was Sie machen, das ist nicht Arbeiterfreundlichkeit, sondern das ist Arbeiterfeindlichkeit. Das, was Sie vor 14 Tagen hier gemacht haben, war eine indirekte Zustimmung für die erste Vorlage, und was Sie heute machen, ist offene Zustimmung. Sie muten der schwer geprüften Arbeiterschaft zu, daß sie ruhig zuschauen, wenn die angeblich patentierten Arbeitervertreter hier im Parlament machen, was sie wollen. Ich bin neugierig auf Ihre demagogischen Artikel morgen in den Zeitungen. Da werden Sie mit den süßesten Flötentönen zur Arbeiterschaft kommen, um ihr begreiflich zu machen, daß Sie für diese Vorlage stimmen mußten. Vor 14 Tagen haben Sie einen Redner hier gehabt, den Dr. Otto Bauer, der in einer zweistündigen Rede das Ganze lang und breit behandelt hat — und bei der Abstimmung waren auf einmal zu wenig Sozialdemokraten vorhanden, sie sind weniger geworden bei der Abstimmung, und auf einmal hat die Regierungsmehrheit das Gesetz durchgebracht gehabt. Damals schon wäre es uns gelungen, gemeinsam die Gesetzesvorlage zu verhindern, und heute würde es uns wieder gelingen. Aber Sie stimmen mit, meine Herren, Sie sind mit dabei in Ihrer Arbeiterfreundlichkeit und geben dem Hause Rothschild, geben den Aktionären der Credit-Anstalt nicht nur 41.4 Mil-

lionen Schilling, sondern Sie tragen auch mit die Verantwortung, und Sie sind mit dabei, daß man unbeschränkte Garantien gewährt. Nicht einmal die Summe ist in dem Gesetzentwurf festgesetzt, und wenn man heute behauptet: Nun, es wird sich schon geben, man wird dabei schon sparen, der Herr Finanzminister wird ja trachten, daß er nur so wenig wie möglich aufnimmt, so kennen wir das zur Genüge, wir kennen es sehr gut. Es werden die Summen ins Riesige ansteigen — und wer muß es bezahlen? Wer ist eigentlich derjenige, der für die Credit-Anstalt haften muß? Nicht die Regierung, denn die Regierung hat nichts zum Haften, sondern das Volk ist es, Arbeiter, Bauern, Bürger sind es, die mit ihrer Arbeit haften müssen und durch solche Gesetzesvorlagen zu Leibeigenen des internationalen Finanzkapitalismus werden. *(Beifall auf der äußersten Rechten.)*

Werner: Frauen und Männer! Wenn auch heute oft versucht worden ist, während des Vortrages der Vorredner Witze zu machen und zu lächeln, so weiß ich doch ganz bestimmt, daß sich jeder der Abgeordneten des Ernstes der Sache voll bewußt ist. Ich weiß auch ganz gewiß, daß es vielen schon vor 14 Tagen sehr schwer wurde, dem Gesetzentwurf der Regierung, betr. die Stützungsaktion für die Credit-Anstalt, zuzustimmen. Ich weiß, wie mancher in sich gekämpft hat, und es war allen Mienen anzusehen, wie schwer es manchem wurde, mit dem Klub zu gehen. Aber Klubzwang war vorhanden, und es mußte eben alles mit, ob man wollte oder nicht; es wurde von oben aus befohlen. Nun, es hat kaum 14 Tage gedauert, und wir stehen wieder nahezu vor der gleichen Frage oder wenigstens vor einer Frage gleichen Sinnes, und da muß man schon einmal einen kleinen Rückblick halten, was eigentlich seit dem Zusammentritte des neugewählten Hauses im Dezember vor sich gegangen ist.

Ich möchte hier feststellen, daß die Regierung Ender mit den besten Absichten an die Arbeit gegangen ist. Wenn sie auch nur eine kleine Mehrheit im Hause hatte, so hatte sie sich doch ein Programm gesetzt, das ihr die Mehrheit im Hause jederzeit gegeben hätte, und das Programm hieß Abbau aller unnützen Ausgaben, wir müssen sparen, wir müssen den Staatshaushalt so einrichten, wie er unseren Verhältnissen entspricht. So ward es in den verschiedenen Parteipressen nicht nur einmal, sondern wiederholt und immer wieder dem Volke kundgetan. Nun, was hat man bisher erreicht? Alle die schönen Versprechungen von Ersparungsmaßnahmen, Steuernachlässen usw. — nichts ist davon in Erfüllung gegangen, es ist kaum ein Erfolg zu verzeichnen. Wir müssen eigentlich sagen: Wir sind das ganze halbe Jahr müßig im Hause gesessen und haben nichts erreichen können, was zu einer wirtschaftlichen Besserung, zu einer Vinderung der Not unseres gesamten Volkes geführt hätte. Und auch heute, wo wir bereits erkennen, daß das ganze System falsch ist, daß es so nicht weitergeht, daß man sich nicht traut,

den Hebel dort anzusetzen, wo er notwendigerweise anzusetzen wäre, macht man trotzdem keine Änderung, weil der Großteil des Hauses fürchtet, daß, wenn die Herren nach ihren Herzen Beschlüsse fassen, dann die Demokratie zusammenbrechen müßte. Und das stimmt. Mit der so viel gelobten und so viel geschmeichelten Demokratie kommen wir nicht weiter. Sie mag dem einen oder anderen passen, aber für das Volkswohl, für das Volksinteresse, für unsere Wirtschaft im Staate ist sie Gift.

Daß das nicht zuviel gesagt ist, beweist wohl die Tatsache, daß wir nun schon zehn Jahre mit Hilfe der Demokratie systematisch dem Verderben entgegengehen. Schon bei der Beratung des Budgets haben meine Klubfreunde und auch ich es nicht daran fehlen lassen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß es vollständig falsch ist, auf dem Papier Zahlen aufzustellen, die in Wirklichkeit niemals eingehalten werden können. Damals wurde sowohl vom Herrn Bundeskanzler als auch vom Herrn Finanzminister nicht bloß einmal, sondern mehrmals betont, daß ein Staatswesen in erster Linie einen geordneten Haushalt haben müsse. Das ist ganz richtig, den geordneten Haushalt wollten auch wir, aber nicht mit Phantasieziffern, die in unsere Wirtschaft nicht mehr hineinpassen.

Seit zehn Jahren hat man in Österreich über die Verhältnisse gelebt, nicht bloß im Staate, in den Ländern und in den Gemeinden, sondern selbst in privaten Betrieben, zum Beispiel bei der Credit-Anstalt, der Boden-Credit-Anstalt usw. Man hat nicht gefragt: Was habe ich zur Verfügung? Was habe ich, um meine Speisen, meine Unkosten zu decken? sondern man hat Unkosten darauf los gemacht und dann einfach gesagt: Das brauche ich zur Bedeckung, das muß da sein. Man hat ein System einreißen lassen, das niemals vernünftig genannt werden kann. Man hat aber noch im heurigen Winter bei der Budgetberatung, in der sich schon das ganze falsche System widergespiegelt hat, wo man sich schon klar darüber war, daß das System nichts taugt und daß man endlich umkehren und zur Vernunft kommen muß, alle Mahnungen in den Wind geschlagen und sich an papierernen Zahlen festgehalten. Was hat es genutzt, daß man kurz darauf einen Ersparungskommissär ernannt hat, dessen Tätigkeit bis heute ein Fiasko ist? Was hat es schließlich genutzt, daß man verschiedene Gesetzesvorlagen vorbereitet, im letzten Augenblick aber immer wieder zurückgezogen hat, Gesetzesvorlagen, die auch Ersparungen bedeutet hätten? Man hat einmal einen guten Ansatz gemacht, um die Sozialversicherung und das Arbeitsrecht zu reformieren, man hat es aber nicht gemacht, weil man sich wieder nicht getraut hat. Uns fehlt eben der Mann, der uns eifern befiehlt, so und so muß gespart werden, und das muß durchgeführt werden, und dem alle Folge leisten müssen. Der bloße Versuch, es zu machen, genügt uns nicht mehr.

Nun sind wir aber so weit gekommen, daß wir am Rande stehen. Es besteht im Hause kein Zweifel mehr, und es haben Abgeordnete verschiedener Parteien bereits Warnungsrufe ausgestoßen, daß umgekehrt werden müsse, daß es so nicht weitergeht, daß wir am Ende sind. Man spürt es auch aus den Äußerungen unseres Finanzministers, daß er nicht mehr weiß, wo er in aller kürzester Zeit das Geld zur Bedeckung des Staatsaufwandes hernehmen soll. Ich bin zwar noch ein sehr junger Abgeordneter, ich habe mir aber gleich nach Beendigung der Budgetberatung erlaubt, in einer Versammlung auf den Ernst der Lage hinzuweisen, und ich habe damals die Behauptung aufgestellt, wenn nicht sofort energig eingegriffen wird, wird Österreich in einigen Monaten dort stehen, wo wir es nicht wollen. Ein Privater stünde bei einer solchen Wirtschaft vor dem Konkurs. Wir wissen, ein Staat geht nicht in Konkurs, da wird Geld ausgeliehen, bis alles verpfändet ist, aber dann sind wir eben Zinsknechte.

In alle diese Wetterwolken hinein ist nun auch der Zusammenbruch der Credit-Anstalt gekommen. Ich bin ohne Zweifel, daß sich jeder Volksvertreter in diesem Hause an den Kopf gegriffen hat und mit Bedauern in seinem Herzen den Seufzer hatte, der vielleicht hieß: Armes Österreich! Tatsächlich, dies war vielleicht der Hauptdolchstoß. Eines unserer größten Geldinstitute, das Geldinstitut, das die Industrie finanziert, ist zusammengebrochen oder steht vor dem Zusammenbruch. Man hat rasch versucht, es noch zu retten, man hat die Sache aber so rasch gemacht, daß sie nicht gut sein konnte. Bereits damals hat mein Klubkollege Hainzl im Finanzausschuß erklärt, in drei Tagen kann man ein solches Institut buchhalterisch nicht überprüfen. Einer der Herren hat darauf erwidert, es sind doch dort eine Unmenge Leute, und auch das Finanzministerium hat so viele Leute zur Verfügung. Ich bin zwar nur ein kleiner Geschäftsmann, aber ich verstehe es nur zu gut und bin finanztechnisch auch so gut geschult, daß ich weiß, daß es unmöglich ist, sich in drei Tagen von einem solchen Institut bloß ein Bild zu machen, wie es ausschaut und wie es darum steht. Aber dessemungeachtet ist die Regierung aufgestanden und hat gesagt, 100 Millionen müssen wir dem Institut geben, wovon wir ihm 60 oder 59 Millionen schenken, denn dann ist das Institut gerettet. Bereits damals hat man auf alle Warnungen nichts gegeben, ja, man ist in der Kühnheit noch so weit gegangen und hat gesagt, wir wollen uns gar nicht dauern damit beschäftigen, deshalb schenken wir den Betrag her, wir wollen nicht ein so großes Aktienpaket haben, weil wir es schwer tragen könnten. Aber trotz des kleineren Aktienpaketes sind wir heute in der traurigen Lage, noch einmal eine Bürgschaft für die Credit-Anstalt zu leisten. Vor allem muß man offen und ehrlich sagen, daß bürgen zahlen heißt. Ich kenne kleine Leute draußen, die nicht sehr geschult sind, welche das aber bereits wissen; denn wenn irgendein Geld-

suchender zu ihnen kommt und um eine Bürgschaft bittet, so sagen sie ihm: Mein Dieb, ich schenke dir eher etwas, als daß ich dir Bürgschaft leiste, denn Bürgschaft leisten heißt zahlen. Aber die Staatsmänner, die wir an der Spitze der Regierung haben, wollen das anscheinend nicht recht einsehen; denn ich habe heute merkwürdigerweise vom Berichterstatter gehört: „Es handelt sich wohl um eine Biankobürgschaft, damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß wir zahlen müssen, denn wahrscheinlich, höchstwahrscheinlich kommt es auch gar nicht dazu.“ Also das Zahlen wird in so weite Ferne gerückt, als wenn es überhaupt unwahrscheinlich wäre. Ich behaupte dagegen, daß wir ganz bestimmt zum Zahlen kommen werden und daß unser ganzes Volk in den nächsten Jahren die schweren Ketten neuer Steuern und neuer Abgaben wird tragen müssen. Es ist auch gar nicht notwendig, daß diese dieses Haus beschließt, weil wir uns inzwischen, wenn diese Taktik weitergeht, lawinenartig an das Ausland verschuldet haben, so daß schließlich ein ausländischer Kommissär hereinkommen wird. Der wird aber dann nicht mehr wie heute fragen: Ist euch das angenehm? Und wird nicht mit allen verhandeln und eine Linie suchen, die den einen oder den anderen nicht weh tut und schließlich das Volksganze im Auge behält, sondern der Kommissär des Auslandes hat nur im Auge, daß das Ausland zu seinem Geld kommt; wie, das ist ihm mehr oder minder gleich. Wir werden dann an der Sklavenarbeit spüren, was es heißt, überschuldet zu sein.

Aber leider bringt man diese Gesetze mit einer Raschheit ins Haus, daß man gar nicht Zeit hat, sie zu überlegen. Ich verurteile es sehr, daß unsere Regierung es in der letzten Zeit versucht hat, mit Überraschungsmanövern derart wichtige Gesetze zur Annahme zu bringen. Solche Gesetze sind von einer Tragweite für die Zukunft, die nicht nur uns interessiert, sondern vielleicht auch noch unsere Kinder und Kindeskinde, und die Annahme solcher Gesetze soll man nicht innerhalb dreier Tage erzwingen und damit das ganze Volk belasten.

Es ist bedauerlich, daß wir heute in der Credit-Anstalt eigentlich festgelegt sind. Denn meine unbedingte Ansicht ist, daß eine Volksvertretung, eine Regierung in privatgeschäftlichen Dingen nichts zu suchen hat. Wenn heute die Regierung Österreichs gezwungen ist, in einer der größten Wirtschaftsbanken zu sitzen, und zwar entscheidend zu reden, so halte ich das durchaus für schlecht. Die Tätigkeit der öffentlichen Hand kennen wir in den letzten Jahren zur Genüge. (Kern: Ihr Vorredner hat ja etwas anderes verlangt!) Bitte, ich komme darauf zurück. (Zwischenrufe.) Die öffentliche Hand hat bisher immer in finanzieller Hinsicht versagt, und sie war gewöhnlich nur ein Institut zur Erhaltung gewisser Angestelltenkreise. Die sind fett geworden, aber die Öffentlichkeit hat von dieser Betätigung sehr wenig gehabt. Die Steuerträger haben den einen Vorteil, daß sie nicht

bloß eine Konkurrenz haben, sondern auf der andern Seite für diese noble Konkurrenz mit ins Defizit dreinzahlen dürfen. Deshalb halte ich es für unglücklich, wenn irgendeine Betätigung der öffentlichen Hand forciert wird wie in diesem Falle.

Daß der Staat sich eine gewisse Aufsicht überall schafft, das ist selbstverständlich, aber das wurde bisher in allen Belangen verfehlt. Wir haben ein so wunderbares Bankhaftungsgezet, und der Herr Bundeskanzler hat sich noblerweise darauf berufen. Aber haben Sie schon einmal gehört, daß einer dieser großen Diebe eingesperrt worden ist? Es sind doch schon so riesige Millionendiebe in Österreich gewesen. Aber nein, der Bettler, der um 10 g bettelt, kriegt drei Tage Arrest, oder wenn ein Armer sich aus Not einmal an 50 oder 100 S vergreift, so kriegt er drei Wochen oder vielleicht drei Monate. Aber große Diebe bekommen eine große Auszeichnung, nicht den Kerker. Das ist in Österreich leider wahr und kann nicht oft genug hervorgehoben werden, aus dem einen Grunde, damit endlich auch hier Ordnung geschaffen wird und das Gesetz für alle gleich angewendet wird, nicht, daß große Diebe noch belohnt werden, während man die kleinen straft. Das ist nicht bloß bei den Dieben so. Auch wenn jemand einem eine Watschen gibt, wird er bestimmt bestraft, aber wenn jemand einen umbringt, wird er in Wien freigesprochen.

Nun ist aber noch etwas. Der Herr Bundeskanzler hat versprochen, daß die Regierung alles tun wird, um eine richtige Hand für die Leitung dieses Institutes zu bekommen. Ob die Regierung gerade imstande ist, das durchzusetzen, weiß ich nicht. Bisher hat sie nicht gezeigt, daß sie einer solchen Aufgabe gewachsen ist, denn würde sie dieser Aufgabe gewachsen sein, hätte sie bereits vor 14 Tagen das Gesetz damals ganz anders aufgezäumt und der Regierung viel mehr Stimmrecht verschafft. Man kann das eine feststellen, daß die Regierung vor 14 Tagen ganz andere Töne angeschlagen hat. Sie hat in erster Linie behauptet, mit dem Betrage ist die Credit-Anstalt gestützt, und immer wieder wurde in amtlichen und halbamtlichen Berichten hinausgegeben, daß die Einleger der Credit-Anstalt, auch das Ausland, das größte Vertrauen haben, nur das Gesetz brauchen wir, sonst nichts. Ich habe damals bereits gesagt, ob die Regierung diese Aktion macht oder nicht, die Industrie wird trotzdem notleidend werden, weil das Finanzkapital schon einmal kopfscheu geworden ist. Und bloß aus dem einen Grund hat man das Gesetz so rasch, so innerhalb drei Tagen ins Haus geschmissen, es mußte in einem Tage durchberaten und durchgepeitscht werden. Auch die Nacht mußte herhalten. Der Enderfolg ist genau der vorhergesehene, daß es nicht gereicht hat und daß wir heute noch einen viel größeren Happen brauchen, um die Sache aufzuhalten, um der Industrie zu helfen.

Auf etwas möchte ich noch zurückkommen: Auf das Verantwortungsgefühl dieser Finanzmenschen, die

so darauf losgewirtschaftet haben. Man hat so unten durch auch gehört, daß eigentlich ein Großteil dieser Verluste nicht auf die Verluste bei notleidenden Industrien zurückzuführen ist, sondern daß auch große Auslandspekulationen gemacht worden sind, daß das die Schuld daran ist, daß eigentlich die Sache so kraß bergab ging und ein so großes Defizit aufgeschienen ist. Nun, das Verantwortungsgefühl läßt in Österreich leider sehr zu wünschen übrig. Immer wieder hören wir von solchen bedeutenden Stellen, daß sie versagen und immer wieder hören wir, wenn etwas geschehen ist, nun muß eingegriffen werden. Hier muß der Ruf endlich laut werden: Wo sind denn die Regierungskommissäre, die in den Aktiengesellschaften darinnen sitzen, wie erfüllen sie ihre Pflicht? Ich habe einmal auch Gelegenheit gehabt, darüber die Bemerkung zu machen, daß das eine Farce ist. Wenn man bei uns Einrichtungen hat, soll man sie nicht nur so haben, daß sie auf dem Papier stehen, sondern es sollen diese Einrichtungen auch so funktionieren, wie es notwendig ist im Interesse des gesamten Volkswohles und der gesamten Wirtschaft. Auch hier der Ruf: Regierung, wo bist du, warum zwingst du diese Leute nicht, ihre Pflicht zu tun, warum nimmst du die Schuldigen nicht beim Kragen und machst sie verantwortlich dafür? Aber gerade das, daß in Österreich bisher alle jene großen Lumpen straffrei ausgingen, gerade das ist ja die Schuld, daß bei uns so verantwortungslos gearbeitet wird.

Nun soll man neuerdings eine Bantfobürgschaft eingehen. Es ist keine Ziffer genannt worden. Man kann in der Presse von 1100 Millionen Schilling lesen, man hat auch von 1½ Milliarden Schilling gelesen. Wenn diese Ziffer tatsächlich erreicht wird, geht Ihnen da nicht das Grausen an? Bedenken Sie die Höhe unseres Budgets und dann bedenken Sie, berücksichtigen Sie den einzigen Posten, den Sie heute hier beschließen sollen, der heute hier Gesetz werden soll, der vielleicht ebenso wie die ersten 100 Millionen Schilling beim Kamin hinausfliegt! Es soll nur ein Ermächtigungsgesetz sein, und man lullt sich mit der Hoffnung in den Schlaf, das müsse ja nicht ausgegeben werden. Aber ich habe in Österreich noch nie gefunden, daß etwas, was einmal schon bewilligt worden ist, nicht ausgegeben wurde, sondern es wurde immer alles restlos verbraucht. Diesen Satz habe ich schon seinerzeit bei der Budgetberatung geprägt und heute steht er um so fester da. Sie meinen, diese Verluste schon erfasst zu haben, aber ich sage, es ist auch in 14 Tagen nicht möglich — und selbst wenn die tüchtigsten Finanzleute an der Arbeit wären —, Einblick in dieses weitverzweigte Institut zu nehmen, zu sehen, was an diesem Institut gut und was schlecht ist. Der bisherigen Leitung ist es möglich, in 14 Tagen eine Übersicht darüber zu haben, aber Fremde, die hineinsteigen müssen und die ein ungetrübtes Urteil haben, denen ist es nicht möglich, in so kurzer Zeit einen genauen Überblick zu haben. Sie haben schon

einmal in diesem Hause den schweren Fehler gemacht, daß Sie einer Gesetzesvorlage zugestimmt haben, deren Unterlagen unfertig und nicht reif waren, um einen Beschluß fassen zu können, und heute wollen Sie diese Sünde noch einmal begehen. Ich frage Sie, so weit Sie eben auch ein Verantwortungsgefühl haben und in die Bevölkerungskreise hinauskommen, von denen Sie gewählt wurden: Können Sie es verantworten, daß hier Hunderte von Millionen ausgegeben werden, für die keine Grundlage und keine Unterlagen vorhanden sind? Ich glaube nicht. Wenn Sie draußen mit Leuten aus allen erwerbenden Ständen sprechen — sei es nun der Arbeiter, der Kurzarbeit hat oder schon arbeitslos ist, sei es der Bauer, sei es der Beamte, sei es der Handel- und Gewerbetreibende —, Sie werden ein Lied hören: Wird es denn noch nicht anders? Wir halten es nimmer aus, weil wir die Lasten nicht mehr tragen können, weil uns diese Lasten, die Verteuerung aller Produkte, restlos die Absatzmöglichkeit und Geschäftsmöglichkeit nehmen!

Und nun glauben Sie, daß damit gedient ist, wenn Sie durch diese Regierungsvorlagen kleine Abstriche an der Arbeitslosenversicherung, kleine Abstriche bei den Beamten machen und die Erhöhung der Preise einiger Monopole vorsehen. Ganz gewiß ist damit nicht gedient, weil es nur ein Tropfen auf heißem Stein ist. Die Staatsfinanzen werden damit nicht geheilt. Da muß großzügig operiert werden, und zwar muß man sich einen Plan machen. Jeder Bauherr, auch wenn er das kleinste Haus baut und selbst wenn er ein Laie ist und es sich selbst baut, bei der kleinsten Holzhütte, macht er sich einen Plan, und zwar einen Grundplan bis unter das Dach. Nur bei uns ist das nicht möglich, nur bei uns findet man es nicht notwendig; bei einem solchen Riesenhaus, bei einem Werk, an dem 6 Millionen Menschen hängen, findet man es nicht der Mühe wert, sondern sticht immer bloß ein Brett an das andere und glaubt, es wird ein tragfähiges Haus werden. Und nun lullt man sich noch in den Schlaf, in dem man schön und optimistisch träumt. Man darf nicht Vogel-Strauß-Politik treiben und immer glauben, daß man in dem altösterreichischen Sinne weiter fortwursteln kann. Es muß auch hier im Hause endlich einmal der Ernst gezeigt werden, es muß ein fertiger Plan aufgestellt werden: Wie wollen wir in den nächsten Jahren unsere Verschuldung abbauen, wie wollen wir es ermöglichen, daß wir nicht weiter in dem gleichen Tempo die Wirtschaft vollständig zugrunde richten?

Es ist heute zum Beispiel auch der Plan aufgetaucht, die Preise des Tabakmonopols zu erhöhen. Glauben Sie vielleicht, daß das möglich ist, ohne daß es auf Kosten des Gewinnes geht? Die Leute, die sich die teuren Tabaksorten erlauben können, werden immer weniger, und es wird immer mehr Abstinenzler geben, genau so wie der Bierkonsum in katastrophaler Weise zurückgegangen ist, nicht weil vielleicht die Leute

weniger Bier trinken wollen oder ihm gern entsagen, sondern weil sie es sich nicht mehr leisten können. Denn der große Bierkonsum wird gerade von den Leuten gemacht, die heute arbeitslos sind, die sonst zu ihrer Arbeit als Pause und als Stärkung Bier getrunken haben; denen hat man den Trunk so verteuert, daß sie ihn sich heute nicht mehr leisten können. Jede Steuer hat eine Grenze; auch irgendeine Umsatzsteuer, eine Verzehrungssteuer oder wie immer sie heißen mag, hat eine Grenze, weil eben die Bevölkerung sich die Produkte nicht mehr in dem Maße leisten kann wie früher. Dann geht eben der Ertrag zurück, aber nicht vorwärts.

Ich möchte auch vom Standpunkt der Kaufmannschaft folgendes sagen: Es ist falsch, wenn man im Hause immer glaubt, der Umsatz bleibt sich ganz gleich, ob der Artikel teurer ist oder weniger teuer. Gerade für die kommende Zollpolitik ist es sehr wertvoll, zu wissen, daß verteuerte Produkte Absatzstörungen bringen, daß nur die Verbilligung absatzfördernd ist. Denn wenn ein Produkt billig ist, dann findet es Käufer, aber nicht das teure Produkt, auch wenn es nirgends billiger zu haben ist. Auch das muß sich hier im Hause jeder gründlich zu Gemüte führen und sich danach einrichten.

Nun möchte ich aber zu den Banken zurückkommen, von denen ja behauptet wird, daß die Stützungsaktion für die Credit-Anstalt so überaus notwendig war, weil sonst die Industrie mit zusammengebrochen wäre. Nun will ich aber einmal den Spieß umdrehen und frage: Warum ist die Industrie an die Banken so verschuldet? Weil die Zinspolitik der Banken in den letzten Jahren auf dem Ruin der Wirtschaft aufgebaut war. Die Zinspanne war immer eine viel zu große. Hier hat seit Jahren eben die Aufsicht des Staates gefehlt, der bestimmt hätte, was Wucherzins ist und was nicht. In den guten alten Zeiten vor dem Krieg hat man 6 Prozent bereits als Wucherzins bezeichnet — heute muß die Industrie vielfach für ihre Kapitalien noch 15 Prozent zahlen, während Sie bei den Banken und Sparkassen 5½ Prozent als Einlagezinsfuß haben. Ich möchte bitten, diese Zinspanne im Auge zu behalten. Die Banken haben sich bis heute nicht als wirtschaftsfördernd erwiesen, sondern durch ihre Zinspolitik als wirtschaftszerstörend. *(Zustimmung auf der äußersten Rechten.)*

Sehen Sie, hier fängt das an, was die öffentliche Hand zu tun hat und was nicht. Die öffentliche Hand hat die Oberaufsicht zu führen, damit nicht durch Kartellbestimmungen derartige Ungerechtigkeiten einreißen und derartige Hemmungen entstehen, die katastrophal für die Wirtschaft sind. Nun ist man aber sehr rasch zur Hand gewesen, als ausgerechnet die große Rothschild-Bank zusammengebrochen ist. Ich frage die Regierung: Warum ist sie nicht ebenso rasch beigesprungen, als die verschiedenen kleinen Banken, die Handels- und Gewerbebanken in verschiedenen Orten in Zahlungs-

schwierigkeiten gekommen sind? Warum ist da die Regierung nicht eingesprungen, und warum hat man es da nicht für notwendig gefunden? Auch dort sind viele Existenzen zugrunde gegangen, auch dort sind viele arbeitslos geworden. Dort hat man es nicht für notwendig gefunden. Dort wäre es mit viel kleineren Mitteln, oft auch mit ganz kleinen Unterstützungen möglich gewesen. Nun, es ist das gleiche, was von den Lumpen gilt: Ein großer Lump wird belohnt, ein kleiner wird bestraft. Bei den Banken hat man es auch so gemacht. Die kleinen hat man zugrunde gehen lassen, weil das eigentliche Volksbanken waren; da hat das Volk das Geld verloren, da ist es gleich. Aber wenn einmal eine große, finanzkräftige Auslandgruppe oder auch eine große, finanzkräftige Inlandgruppe ihr Geld verliert, da beeilt man sich, zu helfen. Ich muß das anführen, weil es geradezu bezeichnend ist für die Maßnahmen der Regierung.

Wenn ich nun die Regierung verschiedentlich angegriffen habe, so möchte ich mir aber doch erlauben, auch festzustellen, daß ich voll anerkenne, daß schließlich die Regierung in einer sehr schweren Lage war, daß die Regierung eine sehr große Verantwortung hat und daß die Regierung vielleicht auch geschwankt hat zwischen Hin und Wider. Daß sie aber schließlich auf eine Seite geschwankt hat, die dem österreichischen Volke in Zukunft große Opfer und sehr viel kosten wird, das muß festgehalten werden — festgehalten, nicht um einen Vorwurf zu machen, sondern festgehalten, um endlich in Zukunft anders zu arbeiten. Denn es geht nicht an, daß der Staat immer große Beträge hinausgeschmeißt und dann mit kleinen Beträgen bei kleinen Gruppen zu sparen beginnt und diese unnatürlich überlastet, so daß sie zusammenbrechen und wiederum ein Glied der Volkswirtschaft zugrunde geht.

Es wurde heute ein Zwischenruf gemacht, als mein Klubkollege Dr. Neustädter gesagt hat: Es ist uns gelungen, das Postsparkassengesetz zu Fall zu bringen. Bitte, das Postsparkassengesetz hätte nach meiner vollen Überzeugung auch wiederum so weit geführt, wie seinerzeit die Sache unter Ihrer war. Man hätte schon die Postsparkassengelder zur Stützung der Credit-Anstalt verwendet, und wir wären heute schon wieder so weit, daß wir wieder über einen großen Abgang uns beklagen müßten. Nun ist es auch auf Umwegen gegangen, und ich möchte das Haus aufmerksam machen, bevor jeder einzelne seine Stimme hergibt, er soll nochmals prüfen, ob es so weitergeht, ob nicht zu befürchten ist, daß wir in weiteren 14 Tagen eine neue Lawine der Art im Hause haben. Denn mit 100 Millionen Schilling hat man begonnen, heute ist es der zehnfache Betrag — wer gibt uns die Gewähr, daß es nicht in Kürze heißt, wieder mit dem tausendfachen einzuspringen? Ja, Sie werden sagen und wieder lachen darüber: Wir sind ohnedies am Ende, es kann eben nichts mehr gegeben werden, wenn's halt kracht, kracht's halt! Ich möchte Ihnen aber eines vor Augen halten: Wenn

es schon am Ende ist, dann soll die Änderung kommen, bevor noch das ganze österreichische Volk verarmt und verflacht ist, dann soll man den Mut aufbringen und sagen: Bitte, die Kraft ist zu Ende — Volk Österreichs, wir müssen anders wirtschaften, Volk Österreichs, wir legen euch einen Plan vor, die Opfer müßt ihr bringen, um unseren Staat noch weiter aufrechtzuerhalten. Und zwar darf es dann nicht mehr auf der einen oder auf der andern Seite Extrawürste geben, sondern jeder Stand im Staate muß seine Opfer bringen. So weit haben wir es gebracht, dank der schlechten Wirtschaftsführung in der Regierung, im Nationalrate. Ich möchte Ihnen zu bedenken geben, daß unser Finanzminister es nicht daran fehlen hat lassen, uns einige Male auf die schwere Lage im Staate aufmerksam zu machen. Derselbe Finanzminister hat aber dann kurze Zeit darauf sich sehr optimistisch über die Staatsfinanzen geäußert. Sie fragen ja nicht, was wahr ist, sondern Sie wissen sehr gut, daß wir in Österreich am Ende der Reserven sind, daß es schon auf's Ganze geht. Diese Begütigung, die für draußen bestimmt war, ist verfehlt, denn es ist verfehlt, dem Kranken, der den Mut und der auch die Kraft hat, seine wirkliche Lage, in der er sich befindet, zu erkennen, sie zu verschleiern. Zumindest ist es verfehlt, dem Volke Österreichs noch weiter nur alles Schöne sehen zu lassen, während hinten herum alles faul ist, sondern man muß auch den Mut haben, der Bevölkerung den wahren Stand, insbesondere den finanziellen Stand in unserem Staate zu sagen. Dann werden aber sämtliche Ständegruppen im Staate auch bereit sein, die nötigen Opfer zu tragen. Sie werden aber niemals bereit sein, diese Opfer zu tragen, wenn sie sehen, daß in ganz unmöglicher Form Hunderte von Millionen verausgabt werden, wofür man keine richtige Begründung sieht. Es dürfte deshalb die Regierung Ender wohl ziemlich am Ende angelangt sein, wenn Sie heute dieser Vorlage zustimmen, weil es ihr dann nicht mehr möglich ist, die nötigen Ersparungen, die für unseren Staat Lebensbedingung sind, durchzubringen, weil ja die Bevölkerungsgruppen draußen sagen werden: Bei mir wollt ihr sparen? Den Großbanken hat man es geschenkt! Sie müssen auch hier konsequent sein und das große Ziel verfolgen.

Deshalb ist hier solange keine vernünftige Arbeit zu leisten, solange nicht ein Plan aufgestellt wird, der vom Anfang bis zum Ende die Ersparungen aufweist, die notwendig sind, und die Arbeiten und Leistungen der ganzen Volkswirtschaft festsetzt, die wir in den nächsten Jahren zu bewältigen haben. Wenn wir so fortfahren, werden wir in Kürze das sein, was heute bereits ein Redner prophezeit hat: Wir sind nicht mehr ein freies Volk, sondern wir seufzen unter der Knote des ausländischen Kapitals, und irgendein Kommissär oder Kontrollor wird in der Hand eine Peitsche haben und uns antreiben, so viel Geld zu verdienen, um die ausländischen Kapitalien, die wir aufgenommen haben, zu verzinsen. Dann ist es aus mit der Freiheit

des österreichischen Volkes, dann sind wir Zinsknechte des Auslandes. Darum wäre es vernünftiger, heute bereits mit dieser unsinnigen Demokratie, die immer jedem recht gibt, der am meisten schreit, und der die meisten Stimmzettel zu präsentieren hat, ein Ende zu machen. Mit dieser Politik kommen wir nicht weiter. Die letzten zehn Jahre haben uns gezeigt, daß wir immer tiefer gekommen sind und heute am Abgrund stehen. Wir müssen endlich einmal aufhören, uns selbst zu betören. Unser Prinzip im Staate soll sein: Sparen, mehr arbeiten und klüger wirtschaften! (Beifall auf der äußersten Rechten.)

Dr. Bauer: Hohes Haus! Es ist ein altes Gesetz: Zur Tragödie gehört das Satyrspiel. Die Tragödie der österreichischen Wirtschaft wäre unvollständig gewesen, ohne diesen Heimwehraufmarsch, der sich ihr angeschlossen hat. (Heiterkeit und Zustimmung links. — *Lengauer:* Heute reden Sie ganz anders!) Sie werden schon sehen, wer heute anders redet.

Hohes Haus! Sie werden mir nicht zumuten, daß ich in die Einzelheiten dieser Reden eingehe, die wir hier gehört haben; es ist vielleicht auch nicht nötig. Jeder der Redner hat immer nach fünf Minuten die Grundsätze seiner Wirtschaftsüberzeugungen revidiert. (Heiterkeit links.) Wenn es gerade 7 Uhr 5 war, war er dafür, daß sich die Öffentlichkeit, der Staat, vom Wirtschaftsleben fernhält, und wenn es 7 Uhr 10 war, war er für den Staatskapitalismus. (*Lengauer:* Lesen Sie Ihre Leitartikel in der „Arbeiter-Zeitung“!) Seien Sie vorsichtig, Herr Lengauer! Ich werde mich gerade mit Ihnen noch beschäftigen, und Sie werden mit Ihren Zwischenrufen gleich aufhören! Es kann heute wieder unangenehm werden wie schon einmal. (Zwischenrufe.)

Ich werde mich also nicht mit den Einzelheiten dieser Reden beschäftigen. Zur Rede des Führers dieser Partei, der den Reigen eröffnet hat, des Herrn Dr. Hueber, kann ich nur sagen: Das war einmal in Österreich Justizminister! (Lebhafteste Zustimmung links. — Zwischenrufe.) Und damit niemandem die Schande erspart bleibt, will ich noch deutlicher sein und sagen: Das ist einmal vom Herrn Bundespräsidenten auf Antrag des Herrn Baugoin zum Justizminister ernannt worden! (Lebhafter Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.) Die Herren von den bürgerlichen Parteien dieses Hauses werden heute vielleicht mit mir empfinden, daß das wenig ehrenvoll für das Land ist.

Meine Herren, ich wende mich aber nun dem Herrn Lengauer zu, dessen Rede viel interessanter war als die des Herrn Justizministers a. D. ... (*Lengauer:* Sie wollen doch nicht darauf eingehen?) Daß ein ehemaliger Justizminister beantragt, daß in Österreich Verfassungen nicht mehr von den Gerichten ausgesprochen, sondern von der Regierung angeordnet werden, das ist so ein kleines Vergessen von Rechtsgrundsätzen. (Heiterkeit links.) Aber damit werde

ich mich nicht beschäftigen. Die Rede des Herrn Abg. Lengauer dagegen war schon interessanter, und ich werde aus ihr zwei Dinge herausheben. Der Herr Abg. Lengauer hat zunächst eine sehr berechtigte Darstellung vorgetragen. Er hat den Gegnern des Sozialismus, den Gegnern der Sozialisierung hier vorgetragen, was das kapitalistische Privateigentum in Wirklichkeit in der hochkapitalistischen Gesellschaft bedeutet. Er hat ihnen gesagt, es bedeute nichts anderes mehr, als daß eine Großbank, daß ein Rothschild 75 Prozent der österreichischen Industrie beherrscht und dadurch das Schicksal einer Großbank zum Schicksal des Landes werden kann. Er hat ihnen gesagt, daß wir nur noch die Wahl haben zwischen der Sozialisierung in den Händen der internationalen Hochfinanz und der Sozialisierung durch die Volksgesamtheit selbst. Er hat ihnen gesagt, daß es, wenn schon das Unglück mit der Credit-Anstalt geschehen ist, angemessen gewesen wäre, dieses Unglück wenigstens zu benutzen, um diese Bank, die die Industrie beherrscht, dem Privatkapital zu entreißen und wirklich in die Hand der Volksgesamtheit zu übernehmen. Er hat dann daran erinnert, daß heute vor 14 Tagen, als wir hier das Credit-Anstaltsgesetz beschlossen haben, die Gelegenheit dazu gewesen ist, das zu tun, indem man für den vollen Wert der 100 Millionen, die der Staat hergibt, auch die Aktien genommen und sich dadurch die Herrschaft über die Bank und mittelbar die Kontrolle über drei Viertel der Industrie gesichert hätte. Er hat ihnen gesagt, daß das bedeutet hätte, daß die Volksgesamtheit die Macht an sich gerissen hätte, die bisher die inländischen und ausländischen Kapitalisten, die österreichischen und ausländischen Rothschilds innegehabt haben. Ausgezeichnet! Ich bin geradezu stolz darauf, wieviel dem Herrn Lengauer aus seiner Erziehung in früherer Zeit noch übriggeblieben ist. *(Lebhafte Heiterkeit und Beifall auf der Linken.)* Nur eine Kleinigkeit, meine Herren, hat der Herr Lengauer dabei zu sagen vergessen. Er hat nämlich hinzuzufügen vergessen, daß damals, als vor 14 Tagen über den Antrag im Hause abgestimmt worden ist, ob der Staat für die 100 Millionen auch Aktien um 100 Millionen nehmen und also die Credit-Anstalt in seine Hand bekommen, sie den Rothschilds entwinden und in die Hände der Volksgesamtheit überführen soll, neben den bürgerlichen Parteien dieses Hauses auch der Heimatblock gegen diesen Antrag gestimmt hat. *(Lebhafter Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten. — Dr. Hueber: Zwölf Abgeordnete haben Sie abkommandiert!)* Darüber werde ich gleich reden. Die Herren reden sich für ihre Abstimmung — niemand hat sie hindern können, nach ihrer Überzeugung, nach der Überzeugung, die Herr Lengauer heute, also 14 Tage später, hier vertritt, zu stimmen —, sie reden sich jetzt mit der in der Öffentlichkeit schon widerlegten Lüge aus ... *(Lengauer: Das ist keine Lüge!)* Wir werden gleich darüber reden. Sie reden sich mit der in der Öffent-

lichkeit widerlegten Lüge aus, daß sozialdemokratische Abgeordnete bei dieser Abstimmung absichtlich gefehlt hätten. Diese Behauptung ist in einer Zeitung leichtfertig aufgestellt, aber sie ist widerlegt worden. Wir haben festgestellt ... *(Zwischenruf Lichtenegger.)* Seien Sie jetzt ruhig, Ihre Lügen werden angegeltet werden! *(Zwischenrufe.)* Ersparen Sie, bitte, meine Herren, dem Herrn Lengauer und dem Herrn Dr. Hueber, der ihm jetzt beitrifft, die Züchtigung nicht, die ein Lügner verdient! Wir haben festgestellt, daß von den sozialdemokratischen Abgeordneten eine Reihe von meinen Kollegen gefehlt haben — ich könnte die Namen auch vorlesen —, die wirklich krank gewesen sind. Einer, der in Wien krank war, ist trotz der Krankheit hiehergeholt worden; aber die anderen, die draußen in den Bundesländern waren und die man nach dem Urteil der Ärzte nicht herholen konnte, haben gefehlt. Dann allerdings haben noch einige Herren gefehlt, die zu einer Zeit, wo kein Mensch gewußt hat, daß die Credit-Anstalt hier zusammenbrechen wird ... *(Ruf: Der Breitner hat es drei Tage vorher gewußt!)* Aber lügen Sie doch nicht so frech! Herr Stadtrat Breitner hat es genau an dem Tag erfahren, wo die Regierung es ihm mitgeteilt hat. Fragen Sie den Herrn Bundeskanzler, wann das war! Aber in einem Zeitpunkt, wo noch niemand gewußt hat, daß die Credit-Anstalt in Gefahr ist, sind einige Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes, die zugleich Vertreter großer Angestelltenorganisationen sind, zu einer internationalen Angestelltenkonferenz nach Amsterdam gefahren. Daß diese Konferenz stattgefunden hat, ist jedem bekannt, der sich um Fragen der Organisation der Angestellten kümmert. Diesen Herren war es einfach nicht mehr möglich, rechtzeitig zurückzukommen; sie haben Wien nicht mehr erreichen können.

Sehen Sie, meine Herren, und nun sage ich: Wenn jemand, obwohl das hier schon festgestellt worden ist, trotzdem jetzt noch kommt und sagt, es hätten Abgeordnete des sozialdemokratischen Verbandes bei jener Abstimmung absichtlich gefehlt, so fordere ich ihn auf, die Namen derjenigen Abgeordneten, die absichtlich gefehlt haben, hier zu nennen. Und wenn er sie zu nennen nicht imstande ist, Herr Hueber und Herr Lengauer, dann wird er sich es gefallen lassen müssen, daß man ihn hier einen frechen Lügner und Verleumder nennt. *(Stürmischer Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)*

Der Herr Abg. Lengauer hat schon einmal hier eine leichtfertige Unwahrheit weiterverbreitet, die meine Person betroffen hat. Ich habe ihm damals sofort geantwortet, und seither hat er sich gehütet, hier noch mit solchen Sachen zu kommen. Er erfährt heute zum zweitenmal: In Heimwehrversammlungen zu lügen ist leicht, aber hier zu lügen ist gefährlich, Herr Lengauer, denn dann holt man sich die Prügel, die man verdient. *(Lebhafter Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)*

Aber, meine Herren, ich muß noch etwas anderes feststellen. Die Herren haben — das will ich nicht leugnen — in diesen 14 Tagen, seit sich das Land leider mit der Credit-Anstalt beschäftigen muß, schon einen gewissen Fortschritt gemacht. Vor 14 Tagen hat hier im Hause mein Freund Allina einen Antrag gestellt, in dem gefordert wurde, daß die Schuldigen an der Katastrophe, für die jetzt aus öffentlichen Mitteln aufgefunden werden muß, mit der größten Strenge zur Verantwortung gezogen werden, in dem gefordert wurde, daß das Bankhaftungsgesetz gegen sie angewendet werde, daß, wenn ein strafbarer Tatbestand vorhanden ist, die Staatsanwaltschaft einschreite, und in dem vor allem gefordert wurde, daß diese Personen veranlaßt werden, ihre Tantiemen, ihre Syndikatsgewinne, alle ihre Gewinne, die sie unter welchem Namen immer von einer tatsächlich schon seit langer Zeit nicht mehr aktiven Bank bezogen haben, zurückzugeben. Ich konstatiere hier: heute kommt der Heimatblock mit ganz ähnlichen Forderungen, aber vor 14 Tagen, als über den Antrag Allina hier abgestimmt wurde, hat auch der Heimatblock gegen diesen Antrag gestimmt. *(Lebhafte Zustimmung links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)*

Ich begreife allerdings, daß die Herren seither, da sie gesehen haben, was vorgegangen ist, in eine etwas erregte Stimmung gekommen sind. Nicht immer war es so, daß die Herren vom Heimatblock die Verhaftung der Direktoren und Verwaltungsräte der Credit-Anstalt verlangt haben. *(Lebhafte Heiterkeit links.)* Es weiß doch jeder, daß die Fonds, die aufgewendet worden sind, um die Heimatwehren zu organisieren, mit Waffen gegen die Arbeiterschaft auszurüsten und die Aufmärsche der Heimatwehr zu organisieren und die Wahl des Heimatblocks zu bezahlen, zum sehr großen Teil aufgebracht worden sind von der Credit-Anstalt und ihren Konzernunternehmungen. *(Lebhafte Zustimmung links. — Lachen und Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)* Jetzt kommen die Herren und sagen, man soll die Verwaltungsräte der Credit-Anstalt verhaften. Hören Sie doch einmal, was das für Herren sind, die der Herr Hueber und seine Freunde jetzt verhaften lassen möchten. Das ist zum Beispiel der in Österreich wohlbekannte Herr Brosche *(Hueber: Wer ist das?)* Sie fragen, wer das ist? *(Hueber: Ich kenne ihn nicht!)* Aber Herr Hueber, wie das letzte Credit-Anstaltsgesetz hier beraten wurde, war derselbe Herr Brosche hier, um die Herren in ihrer Haltung zu beeinflussen. *(Hueber: Wann? Das ist eine Lüge! — Rufe auf der äußersten Rechten: Lügner!)* Aber geh'n's, ich habe es gerade Ihnen gegenüber notwendig, zu lügen. Der Schwarzenbergplatz, dessen Vizepräsident Herr Brosche ist, hat damals einen seiner führenden Herren hergeschickt, um den entsprechenden Einfluß auf Sie auszuüben!

Da ist weiter in diesem Verwaltungsrat neben dem Herrn Brosche, der über die Wahlgelder und Orga-

nisationsgelder des Schwarzenbergplatzes verfügt und von dem die Herren jetzt fragen, wer er ist *(Heiterkeit links)*, ein Graf Franz Hardegg, ein Herr Franz Meyr-Melnhof, ein Herr Ludwig Urban. *(Hört! Hört! links.)* Fragen Sie noch immer, wer die Herren sind? In Österreich weiß doch jeder, daß das die Herren sind, die die Hauptschützer, Hauptprotektoren und Hauptgeldgeber der Heimatwehr jahrelang gewesen sind. *(Lebhafte Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten. — Gegenrufe links.)* Aber, bitte, lassen Sie das, wir werden schon weiterkommen mit den Herren. Ganz Österreich weiß doch, daß das die Herren der Betriebe sind, in denen alle Mittel der Unternehmermacht und des Unternehmerrrors zugunsten der Organisationen, deren Führer hier die Heimatblöcker sind, ausgenutzt und mißbraucht werden. Fragen Sie also nicht, wer diese Herren sind! Allerdings, die Zeiten haben sich geändert, die Verwaltungsräte der Credit-Anstalt haben heute nicht mehr so leicht über Gelder zu verfügen, und die ehemaligen Geldgeber — wenn sie kein Geld mehr hergeben, dann soll man sie, nicht wahr, Herr Hueber, einsperren. *(Lebhafte Beifall und Heiterkeit links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)*

Aber lassen wir die Personen, um die es sich da handelt, das ist vielleicht nicht das Wichtige. Wichtiger ist: Wer steht hinter diesen Personen, wer zieht die Fäden, für wen wurde dieses antikapitalistische Schauspiel heute aufgeführt? Die Herren haben Recht. Man hat sie heute im Hause mit einem Herrn gesehen, der sie instruiert und beraten und ihnen dieses würdige, von tiefer volkswirtschaftlicher Einsicht zeugende Auftreten beigebracht hat, man hat sie mit einem Herrn gesehen, der sie, bevor sie geredet haben, instruiert hat. Sie werden mich wieder fragen, wer das ist. *(Neustädter-Stürmer: Natürlich!)* Es ist der Herr Generalsekretär der Alpinen Montan-Gesellschaft, Herr Bussion, der in Gesellschaft des Herrn Direktors Eckert derselben Gesellschaft heute den Herren Heimatblöckern die Instruktionen gegeben hat, wie sie den Kapitalismus bekämpfen sollen. *(Lebhafte Heiterkeit und Beifall links.)* Herr Neustädter-Stürmer, fragen Sie nicht, wer das ist! *(Dr. Hueber: Das alles, diese Instruktionen, sind Lügen von Ihnen! — Lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Rechten und Gegenrufe links.)* Ich bin bereit, die Zeugen hier zu führen, die heute den Herrn Bussion und den Herrn Eckert mit Ihnen beisammen gesehen haben und die freundschaftlichen Händedrücke, mit denen nach der Instruktionssunde das Gespräch beendet worden ist, wohl beachtet haben. Glauben Sie denn, daß die Arbeiterschaft nicht versteht, wer ein Interesse daran hat, die Verbrechen des Kapitalismus zur Anklage gegen die Demokratie und zur Propaganda für den Faschismus auszunutzen? Glauben Sie, daß die Arbeiterschaft nicht versteht, daß die Diktatoren der Schwerindustrie sagen: Ach Gott, die sollen nur hier vom Kapitalismus und gegen den Kapitalismus reden,

das macht nichts; wenn nur das Ziel erreicht werden könnte, die Demokratie zu ertöten, dann würde den Apollos und den Buffons ihr Geschäft blühen! Dieser Antikapitalismus im Dienste des Großkapitalismus, dieser Antikapitalismus im Dienste der Schwerindustrie — bilden Sie sich nicht ein, daß es noch denkende Menschen in Österreich gibt, die das nicht längst schon durchschauen. *(Lebhafter Beifall links.)*

Und nun, meine Herren, nachdem ich mich mit dem Satirspiel beschäftigt habe, muß ich leider zur Tragödie kommen. Es wäre für uns Sozialdemokraten sehr leicht und sehr verlockend, die Verantwortung für das Gesetz, über das der Nationalrat heute zu beschließen hat, den Regierungsparteien zu überlassen. Wir hätten ein Recht dazu. Das Gesetz, das hier vorliegt, ist ein Ermächtigungsgesetz, und es ist schließlich in der ganzen Welt so, daß ein Ermächtigungsgesetz diejenigen zu beschließen haben, die zu einer Regierung Vertrauen haben, und daß es das gute Recht der Opposition ist, ein Ermächtigungsgesetz auch in einer notwendigen Sache abzulehnen, wenn sie zu der Regierung, die es durchführen soll, kein Vertrauen hat. Wir könnten sehr wohl heute mit sehr viel besseren Gründen als die Herren vom Heimatblock das Gesetz ablehnen. Wir könnten sagen: Seit dem Jahre 1920 regieren die bürgerlichen Parteien dieses unglückliche Land; seit dem Jahre 1920 regiert uns dieser bürgerliche Kurs, der sich gesteigert hat immer mehr und mehr bis zu jenen Orgien des Antimargismus, die vor wenigen Monaten noch die größte Partei des Landes zu ächten, außerhalb der Nation zu stellen und zu verfolgen sich erfrecht haben. Wir könnten sehr wohl sagen: Heute, da die Früchte dieser vielen Jahre Antimargismus gereift sind, zu einer Wirtschaftskatastrophe ohnegleichen *(lebhafter Beifall links)*, heute überlassen wir Ihnen — könnten wir den bürgerlichen Parteien sagen — die Verantwortung dafür, was jetzt bittere Notwendigkeit ist, um wenigstens die schlimmsten Konsequenzen dieser Wirtschaftskatastrophe abzuwehren.

Noch mehr, meine Herren! Wir hätten gerade heute ein Recht, wenn wir wollten, die Mitverantwortung abzulehnen. Wir könnten sagen, daß wir an dem Tage, wo die Regierung diese sogenannte Reform der Arbeitslosenversicherung im Parlamente eingebracht, wo sie ein Gesetz, ein bedrohliches Gesetz zur Verkürzung der Bezüge der Bundesangestellten und der Eisenbahner hier eingebracht hat, zu einer solchen Regierung kein Vertrauen haben und deswegen ein Recht haben, die Verantwortung für dieses Gesetz, das hier beraten wird, den bürgerlichen Parteien zu überlassen.

Wir tun es nicht, meine Herren. Wir wollen heute die Verantwortung mit übernehmen, und ich werde Ihnen sagen, warum wir sie mit übernehmen.

Der erste Grund ist der, der oft genug angeführt worden ist. Wir wissen, daß an der Credit-Anstalt nun einmal kaum weniger als drei Viertel der österreichischen Groß- und Mittelindustrie hängen, wir wissen, daß,

wenn die Credit-Anstalt ihre Schalter sperren müßte und in die Liquidation hineingetrieben würde, eine Katastrophe ohnegleichen über die österreichische Arbeiter- und Angestelltenschaft, die in diesen Betrieben arbeitet, käme. Wir wissen, daß selbst, wenn diese Katastrophe verhütet wird, der Krach der Credit-Anstalt böse Folgen für die Arbeiter und Angestellten haben wird. Wir wollen das Schlimmste wenigstens verhüten. Wir haben deshalb schon vor 14 Tagen, als das erste Credit-Anstaltsgesetz beraten wurde, zugestanden, daß die Regierung hier eingreifen muß, um eine Katastrophe, die die Arbeiter- und Angestelltenschaft, ja die ganze Volkswirtschaft treffen würde, zu verhüten. Aber wir konnten für das Gesetz, das man uns vor 14 Tagen vorgelegt hat, nicht stimmen, weil es einzelne Bestimmungen enthält, die unannehmbar waren, jene Bestimmungen über die Aufwertung von Aktien, über das Geschenk von 41 Millionen. Dafür konnten wir nicht stimmen.

Seit diesem Gesetz haben wir eine Erfahrung von 14 Tagen hinter uns. Wir können heute nicht bestreiten, daß die Katastrophe nur dadurch verhütet werden kann, daß neue Mittel der Credit-Anstalt zugeführt werden. Wir können nicht bestreiten, daß natürlich die Kapitalisten nicht ihr Geld in eine gefährdete Bank einlegen werden, ohne Garantie. Wir müssen heute zugeben, daß, wie die Dinge leider heute liegen, wenn man nicht will, daß binnen wenigen Tagen die ganze österreichische Industrie stillsteht und hunderttausende Arbeiter und Angestellte davon betroffen und arbeitslos werden, nichts übrigbleibt, als die Zuführung neuer Mittel dadurch zu ermöglichen, daß der Bund die Haftung für sie übernimmt, soweit es sich als unvermeidlich herausstellen sollte. Darüber noch einige Tage zu diskutieren, wie es die Heimatblöcker wünschen, dazu haben wir nicht den Mut. Denn inzwischen wäre die Katastrophe möglicherweise schon da. Wenn es gleichgültig ist, ob die österreichischen Arbeiter und Angestellten fast in ihrer Gesamtheit arbeitslos werden oder nicht, der mag anders darüber denken. *(Dr. Hueber: Vor 14 Tagen noch haben Sie anders gesprochen!)* Nein, ich habe vor 14 Tagen dasselbe gesagt, nur habe ich es abgelehnt, für Geschenke an Kapitalisten zu stimmen. Heute handelt es sich nicht um Geschenke an Kapitalisten. Wenn ich jemandem garantiere, daß er sein Geld, das er borgt, zurückbekommt, dann kann man das schließlich noch kein Geschenk nennen. Deswegen sagen wir, die Regierung kann heute nicht anders, und wir wollen dieser Aktion aus ernstester Erwägung ein stärkeres Gewicht dadurch geben, daß auch wir für sie stimmen.

Aber, meine Herren, das ist nicht der einzige Grund. *(Lichtenegger: Was habt's denn gekriegt dafür? — Stürmische Entrüstungsrufe links. — Gegenrufe auf der äußersten Rechten. — Lärm.)*

Präsident Dr. **Straßner** *(der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat):* Ich bitte um Ruhe. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Dr. Bauer: Ich begreife nicht, warum sich die Herren aufregen. Das hat doch gar keinen Sinn. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich Söldner der Alpinen nicht vorstellen können, daß jemand aus Überzeugung Politik macht. *(Lebhafter Beifall links.)* Aber ich bitte, meine Herren, bleiben wir beim Ernst, das Satyrspiel ist vorüber.

Das ist der erste Grund, er ist nicht der einzige. Wir haben einen zweiten Grund, warum wir diese Aktion für unentbehrlich halten. Nach dem Gesetz, das vor 14 Tagen beschlossen worden ist, liegen heute in der Credit-Anstalt schon 100 Millionen staatlichen Geldes oder sind ihr wenigstens in Aussicht gestellt. Es ist außerdem, wie wir wissen, die Nationalbank, es sind auch andere öffentliche Institute beteiligt. Es ist auch aus diesem Grunde sicher ein öffentliches Interesse, daß die Hilfe bis zu Ende gebracht werde.

Aber der dritte Grund, meine Herren, und vielleicht der ernsteste ist folgender: Wir sehen seit einigen Tagen mit ernstester Besorgnis, daß, wenn es nicht mit wirtschaftlichen Mitteln gelingt, die notwendige Kredit-hilfe zur Wiederherstellung der Liquidität der Credit-Anstalt zu erlangen, die Regierung in eine Situation gebracht werden könnte, in der sie die notwendigen Mittel vielleicht auch ohne Staatsgarantie bekommen könnte, aber nur bekommen könnte um den Preis, daß ein politisches Zugeständnis von schwerstem Gewicht einer ausländischen Macht dafür gegeben wird. Sehen Sie, meine Herren, das ist für uns ein Grund mehr! Wir wollen durch die Haftung des Staates die Beschaffung der notwendigen Mittel zur Stützung der Credit-Anstalt auf wirtschaftlichem Wege ermöglichen, weil wir nicht wollen, daß die Verhütung einer wirtschaftlichen Katastrophe hier um einen hohen Kaufpreis politischer Natur erkaufte werden muß. Denn wir lieben es zwar nicht, die großen Worte von Patriotismus und vom Schutz der Heimat täglich im Munde zu führen, aber seit dem Jahr 1918 war es einer der leitenden Gedanken der sozialdemokratischen Politik in Österreich, das karge Stückchen Freiheit, das diese Republik genießt, dagegen zu verteidigen, daß es um Bargeld an das Ausland verkauft werde. *(Lebhafter Beifall links.)* Das, meine Herren, war der Leitsatz unserer Politik in der Sturmzeit von 1918/19, und diesem Gedanken hat die österreichische Arbeiterschaft schwere Opfer gebracht. Das war der Leitsatz unserer Politik gegen den Genfer Vertrag von 1922 und gegen die fremde Kontrolle, die man uns für Jahre auferlegt hat. Das, meine Herren, ist auch heute unser Leitsatz: Lieber Opfer bringen, als die Freiheit dieses Volkes verkaufen müssen! *(Lebhafter Beifall links.)*

Hohes Haus! Das sind die Gründe, die uns leiten. Wir haben in den Verhandlungen uns die Möglichkeit, diese Aktion zu unterstützen dadurch geschaffen, daß wir erreicht haben, daß nicht eine unbeschränkte Generalvollmacht an die Regierung erteilt worden

ist, sondern daß die Durchführung der ganzen Aktion unter die Kontrolle des Hauptausschusses und dadurch auch des Parlaments gekommen ist. Wir haben weiter verlangt — und die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers hat dem wenigstens in Versprechungen entsprechen —, daß zugleich hier von neuem jene moralische Frage der Wiedergutmachung durch die Schuldigen aufgerollt werde, deren Erledigung das Haus vor 14 Tagen leider noch nicht entschieden hat. Wir halten es für schlechthin unmöglich, daß das ganze Volk — und das ist der Staat — da Opfer schon gebracht hat und Bürgschaften übernimmt, aus denen neue Opfer werden können, ohne daß endlich zum erstenmal in diesem Lande mit voller Strenge zugegriffen wird gegen die, die uns wirtschaftlich so in Grund und Boden hineinregiert haben. Der Ausschuss schlägt dem hohen Hause eine Resolution vor, die wir beantragt haben und die die Wiedergutmachung mit allen gesetzlichen Mitteln fordert. Wir erwarten, daß das wirklich geschehen wird, und wir behalten uns vor, wenn es nicht geschähe und wenn man damit zögerte, gelegentlich der Berichterstattungen und Beschlüsse, die dem Hauptausschuss zukommen werden, mit aller Energie und mit aller Strenge darauf zu bestehen, daß diese elementare Forderung der öffentlichen Moral endlich erfüllt werde.

Meine Herren! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Erklärung, die er hier abgegeben hat, ein Wort gebraucht, das ich nur mit einiger Besorgnis und einigem Mißtrauen hören konnte. Er hat davon gesprochen, daß man der Credit-Anstalt Einschränkungen der Regie, Ersparnisse empfehlen und gegebenenfalls auch ermöglichen müsse. Ich weiß, woran mit dieser vorsichtigen und diplomatischen Redewendung gedacht wird. Ich weiß, man denkt schon wieder daran: Die Rothschilds und die Neuraths haben gesündigt — die Skontisten, die Bankbeamten und die Arbeiter und Angestellten der Konzernindustrien sollen es büßen. Wir warnen Sie, meine Herren, Sie werden kein Verständnis für die Opfer, die die Reorganisation dieses großen Bank- und Industriekonzerne erfordern mag, von irgend jemandem erwarten können, wenn nicht zunächst alle erdenklichen Opfer denen auferlegt werden, die die Führung in diesem Geschäft gehabt haben, die, da sie die Profite aus diesem Geschäft eingesteckt haben, auch das Risiko dieses Geschäftes tragen müssen, wenn nicht in erster Linie mit energischer Hand gegen die Direktoren und die Verwaltungsräte, gegen den Präsidenten, gegen alle die Führenden und darum Verantwortlichen dieser Bank eingeschritten wird.

Hohes Haus! Wir haben vor 14 Tagen hier darüber gesprochen, was geschehen soll. Ich habe damals von dieser Stelle aus die Mitglieder der Mehrheitsparteien davor gewarnt, zu glauben, daß sich die Dinge so einfach abspielen könnten, wie vielleicht mancher von Ihnen damals angenommen hat. Damals sprachen

Sie so: Was liegt denn vor? Man muß ein Aktienpaket übernehmen, und man wird schauen, es möglichst bald wieder los zu werden, denn der Staat hat keine Banken zu führen! Ich habe damals davor gewarnt. Was wir jetzt erleben, das zeigt, daß die Dinge viel weiter gehen und Sie selbst weiter treiben, als Sie ursprünglich wollten. Wir mußten zuerst ein Aktienpaket übernehmen, jetzt müssen wir dazu auch schon Bürgschaften übernehmen. Es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, über die gar nicht diskutiert werden kann, daß der Staat, wenn er durch Bürgschaften gebunden ist, dann selbstverständlich seinen Vertrauensmann mit der Leitung der Geschäfte betrauen muß. Es ist selbstverständlich, meine Herren. Sie kommen in die Situation, die Ihnen so unerwünscht ist, daß der Staat die Bank kontrollieren muß, die ihrerseits die große und mittlere Industrie kontrolliert. Sie kommen zwangsläufig in die Situation hinein, und Sie können nicht so leicht aus ihr herauskommen, es sei denn, daß Sie das täten, was wir vermeiden wollen, daß Sie wirklich nichts Besseres zu tun wüßten, als diese Machtstellung an ausländische Kapitalisten zu verkaufen, was dann wirklich eine ernste Gefahr für die Freiheit des Landes bedeuten würde. Sehen Sie, meine Herren, das ist die Lage, in der Sie jetzt zwangsläufig sind. Niemand von Ihnen hat den Staatskapitalismus wollen, aber Sie müssen ihn tatsächlich begründen, ob Sie wollen oder nicht, weil Sie nicht mehr anders können!

Hohes Haus! Es gibt immer noch viele, die sich dagegen wehren; ich begreife es. Wer sein ganzes Leben in der Verehrung und der Bewunderung des Privatkapitalismus aufgewachsen ist, wer geglaubt hat, daß wirklich nur die Rothschilds, die Neuraths, die Siegharts und wie sie alle heißen, die Wirtschaft führen können, dem mag es schwer werden, umzulernen. Aber sprechen die Tatsachen nicht eindringlicher als alle Überlieferung? Erleben wir jetzt nicht, was dieser Privatkapitalismus ist? Ah, sie waren die Herren in diesem Institut, sie haben die Bank beherrscht, sie haben die Industrie beherrscht, sie haben mit den Geldern, die ihnen aus der ganzen Volkswirtschaft zur Verfügung gestanden sind, geschaltet und gewaltet, so gut sie es verstanden haben und wie sie es gewollt haben, sie haben die Profite, solange es gut ging, eingesteckt in Form von Dividenden und Lantien, von Syndikatsgewinnen, hohen Gehältern und Pensionen, und als es schlecht ging, haben sie noch weiter das Institut geplündert, obwohl das Geld dem Institut schon gar nicht mehr gehörte, so lange, bis es ausgeplündert war. Dann sind sie um Hilfe gekommen, und wir müssen alle die Hilfe bringen, nicht deretwegen, sondern wegen der hunderttausende Arbeiter und Angestellten, deren Existenz daran hängt. Begreifen Sie nicht, wie dieses entsetzliche Beispiel den ganzen Wahnsinn dieser privatkapitalistischen Ordnung zeigt, in der die Herren vom Kapital, solange es gut geht, die Macht,

den Gewinn und den Reichtum haben, aber das Volk das Risiko trägt, die Volksgesamtheit dann retten muß, wenn diese Herren das Institut verwirtschaftet haben? Haben Sie wirklich keine andere Sehnsucht, als dazu zurück? Wenn wir jetzt schon gezwungen sind, zuerst die Aktien zu nehmen, dann die Bürgschaft zu übernehmen und dann einen vom Staate bestellten Leiter, einen Vertrauensmann des Staates, in dieses Institut hineinzusetzen, dann sollten wir nicht daran denken, wie wir diese Stellung, die der Staat wider seinen Willen durch die Not der Zeit bekommt, wieder aufgeben können, sondern wir sollten an etwas anderes denken. Wir sollten gewiß daran denken, das Institut durch eine zielbewußte Hand zunächst in Ordnung zu bringen. Wir wissen, daß dies Opfer kosten, wir wissen, daß es lange dauern wird, aber wenn es erst einmal in Ordnung und wieder ein wirksames Instrument zur Führung und Leitung der österreichischen Industrie sein wird, dann darf man es doch nicht hergeben, sondern muß es behalten, damit das Volk durch seinen Staat und der Staat durch diese seine Machtstellung die Industrie leite und führe nicht mehr im Interesse vom Privatkapitalisten, sondern im Interesse der Volksgesamtheit. Sie sprechen von Opfern, von Opfern der Beamten, von Opfern der Angestellten, von Opfern der Arbeiter. Ich sage Ihnen eines: Schwer ist es, Opfer zu bringen, aber in einem Falle würden Sie Verständnis für diese Opfer finden, dann nämlich, wenn die Arbeiter- und Angestelltenschaft wüßte, daß sie mit diesen Opfern eine größere Zukunft sich bereite. Dann nämlich, wenn die Arbeiter- und Angestelltenschaft wüßte, daß diese Opfer gebracht werden, nicht um die verfrachtete Rothschildbank wieder aufzurichten, damit sie irgendetwas andern Rothschild ausgeliefert werde, sondern dazu, damit aus ihr ein Instrument der Volksgesamtheit werde, das das Volk befähigen könnte, die Arbeitsstätten, in denen es arbeitet, auch selber als Bürger des Staates mitzuleiten und mit zu beherrschen. *(Lebhafter Beifall links.)* So sehen wir die Dinge. Heute handelt es sich nur um eine bitterböse Notwendigkeit, durch die man die Gefahr für den Augenblick beschwören will, um die Existenz von Hunderttausenden zu retten. Hoffen wir, daß es gelinge, aber nehmen wir uns auch vor, uns doch nicht damit zu begnügen, für den Augenblick eine drohende Gefahr zu bannen, so wichtig uns allen dies im Augenblick auch erscheint, sondern die Katastrophe, die da entstanden ist, auch dazu zu benutzen, um aus ihr zu lernen, um die neue Situation auszunutzen, um dadurch unser Volk auf neue Bahnen zu führen — auf Bahnen, die hinausführen sollen aus dieser verfrachteten, um Staatshilfe bettelnden kapitalistischen Welt, hinausführen sollen in eine Welt, in der die Gesamtheit des Volkes wirklich die Herrin ihres Schicksals ist. Die Herren von dem Sathspiel haben hier die Demokratie angeklagt. Glauben Sie nicht, daß wir Sozialdemokraten

meinen, daß die Demokratie schon etwas Vollendetes ist. Vollendet wird sie erst an dem Tage sein, wo das freie Volk, ein Volk von Freien und Gleichen, durch sein demokratisches Gemeinwesen, das allen die gleiche Freiheit gibt, auch die Arbeitsstätten, auch die Arbeit des Volkes beherrschen und planmäßig leiten wird, womit das Volk erst frei sein wird nicht nur von den Königen, von denen die Revolution von 1918 es befreit hat, sondern auch von den Königen, die noch in den Bankpalästen gethront haben und die zusammenbrechend noch heute ihre Herrschaft retten oder wiederherstellen zu können glauben. Das, was da geschieht, ist ein furchtbares Unglück — starkes, zielbewußtes und nicht von kapitalistischem Denken vergiftetes Handeln könnte aus dem Unglück ein Stück größerer Zukunft für unser Volk machen! (*Lebhafter, anhaltender Beifall links.*)

Berichterstatter Dr. **Weidenhoffer**: Hohes Haus! Die Männer der Regierung, die Ihnen heute hier gegenüber sitzen, führen seit 14 Tagen einen heldenmütigen Kampf, um das Hochwasser des Elends abzubämmen, das über Österreich durch die Katastrophe der Credit-Anstalt hereinzubrechen droht. Sie brauchen sich nur die abgeplagten und abgearbeiteten Mienen dieser Männer anzusehen, um überzeugt zu sein, daß in den letzten 14 Tagen wirklich Tag und Nacht gearbeitet wurde, um die unbedingt notwendige Abdämmungsarbeit zu verrichten.

Meine verehrten Damen und Herren! Krise, Not, Elend durchtoben jetzt Mitteleuropa, ja ganz Europa, und gerade hier im Herzen Europas, in Österreich, ballt sich in den letzten Tagen ein Haufen Unglück zusammen. Auf die heutigen Verhandlungen, auf die Reden, die heute hier geführt werden, auf die Gesinnungen, die heute hier zutage treten, horcht ganz Europa, und in allen Finanzzentren Europas sucht man zu ergründen, sucht man zu verstehen, welche Stellung die Vertreter des österreichischen Volkes zu alledem nehmen werden, was in den letzten 14 Tagen über uns hereingebrochen ist. Meine verehrten Freunde, wir müssen uns sagen: Ja, bei dieser Katastrophe hat sich das inländische Publikum, der inländische Einleger, der inländische Kreditgeber gegenüber den österreichischen wirtschaftlichen Verhältnissen verängstigter gezeigt als bisher der ausländische Kreditgeber. Man kann es begreifen nach dem Leidensweg, den jeder Sparer in Österreich seit dem Zusammenbruch, seit der Inflation und der Deflation usw. hat über sich ergehen lassen müssen. Aber das sind verängstigte Sparer, verängstigte Kreditgeber, die so gehandelt haben, die die Schalter mit mehr minder drängender Hast gestürzt haben. Hier aber sitzen die Vertreter des Volkes, und hier, meine verehrten Damen und Herren, handelt es sich darum, ob wir alle das Vertrauen zu unserem Vaterlande haben, daß es sich trotz all der Krisen und trotz all der Schwierigkeiten herausarbeiten wird, ob wir

alle das Vertrauen haben in eine Zukunft, die uns doch trotz alledem winkt, wenn wir fleißig und gewissenhaft arbeiten wollen und wenn wir das nutzen wollen, was uns die Ungunst der Verhältnisse, der Zusammenbruch der alten Monarchie und die unglückselige Zuschneidung unseres Staates an Hilfsquellen übriggelassen haben. Verzweifeln wir an dem Hinreichen der Hilfsquellen und geben wir uns selbst auf, oder aber haben wir das Vertrauen zu uns und zu unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten? Wir sagen: Wenn es auch in Not und in Schwierigkeiten und schwerer als anderswo geht, wir können uns wieder hinaufwirtschaften. Übernehmen wir als verantwortliche Beauftragte des Volkes die Garantie den Kreditgebern gegenüber, die geneigt sind, uns abermals über die Kreditkrise hinwegzuhelfen, übernehmen wir sie im Bewußtsein unserer Verantwortung und im vollen Vertrauen zu der Zukunft unseres eigenen Landes, so haben wir damit unserem Vaterlande einen großen Dienst erwiesen. Und ich nehme daher das Wort eines der Kritiker auf und sage: Soweit Sie noch ein Verantwortungsgefühl haben, müssen wir an Sie appellieren, daß Sie jetzt sich nicht selbst und unser Land aufgeben, sondern daß Sie diesen Schritt, so schwer und so schmerzlich er ist, tun im Bewußtsein Ihrer Verantwortung!

Und nun habe ich noch namens der Mehrheit des Finanzausschusses zu den Entschliefungen Stellung zu nehmen, die hier seitens der Opposition eingebracht wurden. Der dritte Punkt der Entschliefung deckt sich ja mit jener Entschliefung, die bereits der Finanzausschuß angenommen hat und die auch hier zur Annahme von mir empfohlen wurde. Die Punkte 1 und 2 der eingebrachten Entschliefungen sind ein Eingriff in die Jurisdiktion der gerichtlichen Behörden. Wir können nicht anders, als daß wir Recht für Recht stehen lassen und, wenn wir nicht Eingriffe setzen wollen, die verhängnisvolle Präjudize für die Zukunft wären, die Ablehnung beantragen. So bitte ich Sie namens des Finanzausschusses, dem Gesetze, wie es die Regierung vorlegt und wie es aus den Anträgen, die ich hier namens des Ausschusses mir zu stellen erlaubt habe, in etwas geänderter Form hervorgegangen ist, die verfassungsmäßige Zustimmung geben zu wollen und die vom Finanzausschusse empfohlene Entschliefung anzunehmen.

Damit ist die Aussprache beendet und es wird zur Abstimmung geschritten.

§ 1 wird in der vom Berichterstatter beantragten Fassung angenommen.

§ 2 wird in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

§ 3 wird in der vom Berichterstatter vorgeschlagenen Fassung bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Hauses mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

§ 4 sowie Titel und Eingang des Gesetzes werden in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Das Gesetz wird sodann bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Hauses mit Zweidrittelmehrheit in dritter Lesung angenommen.

Die vom Ausschuss vorgeschlagene Entschliebung (S. 866) wird angenommen.

Der Entschliebungsantrag Dr. Hueber, Hainzl u. Kam. (S. 869) wird abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Das Bezirksgericht Ritzbühl ersucht um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Herrn Abg. Max Werner wegen Schmähung. Diese Immunitätsangelegenheit wird dem Immunitätsausschuss zugewiesen.

Über Antrag Sever wird beschlossen, die Regierungsvorlagen B. 129, 135 und 136 in einer der nächsten Sitzungen der ersten Lesung zu unterziehen.

Nächste Sitzung: Freitag, den 29. Mai, 11 Uhr vorm. Tagesordnung:

1. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abg. Ing. Weigl, Raser, Pistor, Demuth u. Gen. (65/A), betr. die Förderung des Weinerporters (B. 125).

2. Erste Lesung der Regierungsvorlagen, betr.:

a) das Bundesgesetz, betr. die fünfte Zolltarifnovelle (B. 129);

b) das Bundesgesetz, betr. die Erhöhung des Zolles für Kaffee und Tee (B. 135);

c) das Bundesgesetz, betr. die Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizenmehl und Roggenmehl (B. 136).

Schluß der Sitzung: 9 Uhr 5 Min. abends.